

Glanz und Elend der deutschen Geschichte
Schlüsselergebnisse von 1989 bis 2017
Band 10

**Das Märchen von Souveränität, Demokratie und
Rechtsstaatlichkeit ...**

Band 10/107

Die Wiedervereinigung Mittel- und Westdeutschlands, Teil 5

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 22. Juni 2013 (x887/...):

>>"Vierte Gewalt" - nur eine Anmaßung

Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut. Zu Recht wird sie im Grundgesetz ausdrücklich geschützt. Aber wie weit darf sie gehen, wo sind die Grenzen? Und ist Meinungsfreiheit identisch mit Pressefreiheit?

Unsere Medien sehen sich als Träger der öffentlichen Meinung, also auch als Objekt der staatlich geschützten Meinungsfreiheit. Gern nennen sie sich "Vierte Gewalt". Aber sind sie das wirklich?

Einmal abgesehen davon, daß unser Grundgesetz eine "Vierte Gewalt" überhaupt nicht kennt - die freie Presse hat die Aufgabe, die drei Gewalten des demokratischen Rechtsstaats - Gesetzgebung, Exekutive, Justiz - zu kontrollieren und das Volk als obersten Souverän darüber zu unterrichten. Sie hat nicht die Aufgabe, die Organe des Staates zu ersetzen.

Genau das aber maßen sich viele Journalisten und Publizisten an. Sie wollen nicht mehr "nur" Beobachter und Kommentatoren sein, sondern Ermittler, Richter und Henker in Personalunion. Da werden Verdächtige schon vor dem ersten Prozeßtag in Schlagzeilen verurteilt und dämonisiert. Da werden mißliebige Politiker falsch oder bewußt unvollständig zitiert. Wer mit allzu aufdringlichen Enthüllern nicht reden will, wird - Waffenfreunde, aufgepaßt! - mit vorgehaltenem Mikrofon genötigt. Und die Verkommenheit korrupter Wirtschaftsbosse läßt sich mit nichts so demonstrieren wie mit vertraulichen Papieren, die man für ein saftiges Schmiergeld von einem Justizbeamten gekauft hat.

Solche Journalisten sollten nicht auch noch behaupten, sie seien "die Öffentlichkeit". Was sie schreiben und senden, ist nicht öffentliche Meinung, sondern ihre eigene veröffentlichte Meinung.<<

Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 21. Juli 2013: >>Überwachung durch US-Geheimdienste unterirdisch

Die US-Spionage in Deutschland schneidet die Wurzeln der Grundrechte ab. Das ist staatsgefährdend. Und was macht Innenminister Friedrich, der ja auch Verfassungsminister sein soll? Mit seinem Gerede von einem Supergrundrecht Sicherheit versucht der CSU-Mann, die Unterhöhlung des Bodens des Grundgesetzes sogar noch zu rechtfertigen.

Es gibt Wörter, die für die gute Geschichte eines Landes stehen. In Deutschland ist das "Wirtschaftswunder" so ein Wort und auch die "Wiedervereinigung". Willy Brandts kluge Parole "Mehr Demokratie wagen" gehört dazu und ganz gewiß das schöne Bild vom "Boden des Grundgesetzes". Dieser Boden des Grundgesetzes ist die Heimat des deutschen Rechtsstaats und der deutschen Demokratie; auf ihm gründet die Stabilität der Bundesrepublik Deutsch-

land.

Vom Beginn der Bundesrepublik an waren alle politischen Kräfte bestrebt, auf dem Boden des Grundgesetzes zu agieren. Jede Partei behauptete das von sich selbst, bisweilen sprach die eine das der anderen ab. Der Boden des Grundgesetzes wurde so zum Ort, auf dem die großen politischen Streitigkeiten ausgetragen wurden. Ob bei der Anti-Terror-Gesetzgebung oder bei den Milliardenbürgschaften für Banken und Euro - die große Frage lautete und lautet: Steht all das noch auf dem Boden des Grundgesetzes?

Auf dem Boden des Grundgesetzes wurde der deutsche Rechts- und Sozialstaat errichtet; auf diesem Boden stehen die Parlamente; auf diesem Boden arbeiten die Verwaltungsbehörden; auf diesem Boden urteilt das Bundesverfassungsgericht. Auf dem Boden des Grundgesetzes wurzelt und wächst der schönste Patriotismus der deutschen Geschichte - der Verfassungspatriotismus, also der Stolz auf die Grundrechte. Auf dem Boden des Grundgesetzes wurzeln und wachsen auch das Selbstbewußtsein und die Selbstsicherheit der deutschen Bürgerinnen und Bürger.

Die unterirdische Überheblichkeit des Sicherheitsapparates

Dieses Selbstbewußtsein und diese Selbstsicherheit geraten ins Wanken, seitdem bekannt wird, daß unter dem Boden des Grundgesetzes US-Geheimdienste arbeiten, die sich um die deutschen Grundrechte nicht scheren; die das Fernmeldegeheimnis so wenig achten wie den Schutz der Privat- und Intimsphäre der Bundesbürger; die das Recht der Menschen auf informationelle Selbstbestimmung nicht respektieren; die das Computer-Grundrecht, also das vom Verfassungsgericht geschaffene Recht auf Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme, ja den gesamten Datenschutz ignorieren, den Gesetzgeber und Bundesverfassungsgericht in Jahrzehnten geschaffen haben.

All diese Rechte sind auf dem Boden des Grundgesetzes gewachsen; dieser Boden aber wird von NSA & Co. unterminiert und unterhöhlt, die Wurzeln dieser Grundrechte werden abgeschnitten. NSA & Co. tun dies im Namen der Sicherheit der USA und ihrer Truppen, sie tun dies aus Gewohnheit und in dem Gefühl, daß es ja nicht die Grundrechte der US-Bürger sind, die malträtiert werden. Die Verwanzung von Botschaften und Büros der Europäischen Union durch den US-Geheimdienst zeigt die unterirdische Überheblichkeit des Sicherheitsapparats.

Was sind die Folgen solcher Untergrabungen? Im Ruhrgebiet kann man das ganz gut studieren: Dort, wo einst Stollen gegraben wurden, tun sich heute gewaltige Löcher auf, in denen manchmal ganze Häuser verschwinden; das gesamte Bodenniveau sackt ab; und in den Stollen und Streben von einst lagern Gifte, die das Grundwasser verseuchen können. Solche Verseuchung droht den Grundrechten.

Widerspruch zum Grundgesetz

Das Spionagenetz, das die Amerikaner einst in ihrer deutschen Besatzungszone errichtet haben, existiert immer noch, jetzt in ganz Deutschland. Die NSA baut gerade in Wiesbaden ein neues Spionagezentrum. Bis zu den Notstandsgesetzen von 1968 beruhte das US-Netz in Deutschland auf den verbrieften Rechten der Alliierten, widersprach aber dem Grundgesetz; der Widerspruch wurde dadurch gelöst, daß kein Politiker je von den US-Lausch- und Kontrollrechten in Deutschland sprach. Im Zuge der Notstandsgesetzgebung von 1968 vereinbarte man dann, daß die deutschen Geheimdienste nun bei der Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs als Dienstleister der ausländischen Partner-Nachrichtendienste agieren und ihnen die gewünschten Daten zur Verfügung stellen.

Das alles hat nicht Edward Snowden herausgefunden, sondern der Freiburger Historiker Josef Foscaphoth, der über die Post- und Fernmeldeüberwachung in der alten Bundesrepublik forscht und 2012 ein aufsehenerregendes Buch geschrieben hat: "Überwachtes Deutschland". Edward Snowden hat freilich aufgedeckt, daß die Überwacherei exzessiv weitergegangen ist und weitergeht, auch nach der Wiedervereinigung und dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag, der

Deutschland angeblich die volle Souveränität gegeben hat.

Die Mißachtung des deutschen Grundrechts hat einen beschwichtigenden Namen: "Strategische Kontrolle" nennt das der US-Geheimdienst. Das ist nicht nur eine Kontrolle bestimmter Telefonate, das ist nicht nur ein Zugriff auf bestimmte Internet-Daten, sondern die Kontrolle des gesamten Telefon- und Internetverkehrs. "Strategische Kontrolle" ist grob verharmlosend, Schleppnetzüberwachung sagt man besser. Sie ist der GAU für das Allgemeine Persönlichkeitsrecht - die Größte Anzunehmende Überwachung. Es existiert in Deutschland eine grundrechtsverachtende Parallelwelt, eine Unterwelt.

Vom Wesensgehalt der Grundrechte ist kaum etwas übrig

Das Grundgesetz sagt, "in keinem Fall darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden". Zum Wesen der US-Spionage gehört aber ersichtlich, vom Wesen der genannten Grundrechte kaum etwas übrigzulassen.

Der Boden des Grundgesetzes verliert seine Stabilität. Die Statik des deutschen Rechtsstaats, der auf diesem Boden errichtet wurde, wankt. Die Tektonik der Verfassung bricht. Die Sicherheit der Menschen im Recht leidet, die Geborgenheit im Rechtsstaat geht verloren. Die umfassende, generelle und flächendeckende US-Überwachung der Bundesbürger ist nicht einfach nur ein Angriff auf die deutsche Souveränität. Sie ist ein umfassender Angriff auf die Grundrechte der deutschen Bürger.

Gewiß: Auch die deutschen Geheimdienste spähen Daten aus, auch von Bundesbürgern, auch sie greifen auf das Internet zu - aber sie tun es auf der Basis von Recht und Gesetz, gebunden an die Grundrechte, kontrolliert vom Bundesverfassungsgericht. Dieses Recht und dieses Gesetz hat die G-10-Kommission geschaffen, welche die Eingriffe der deutschen Geheimdienste in das Fernmeldegeheimnis nach Artikel 10 Grundgesetz genehmigen und kontrollieren soll.

Innenminister Friedrich - ein Ministrant der US-Sicherheitspolitik

Diese Kontrolle ist sehr unzureichend, aber es gibt sie immerhin. Die US-Geheimdienste dagegen spionieren in Deutschland und gegen deutsche Bürger, ohne daß die Parlamente und die Regierung irgendeinen Einfluß darauf hätten. Die US-Spionagegewalt ist ganz offensichtlich nicht "an Gesetz und Recht", nicht "an die verfassungsmäßige Ordnung" gebunden, wie es der Artikel 20 fordert. Das ist, um es sehr vorsichtig zu formulieren, nicht in Ordnung, das ist verfassungswidrig. Das ist staatsgefährdend.

Der deutsche Staat hat den umfassenden Schutz der Grundrechte des Grundgesetzes garantiert. Wenn er diese Garantie nicht einhalten kann oder einhalten will, wenn diese Garantie also nichts mehr gilt, handelt es sich um einen Fall von Staatsnotstand.

Der Bundesinnenminister ist zugleich Verfassungsminister. Der derzeitige Amtsinhaber Hans-Peter Friedrich, CSU, ist sich offensichtlich dessen nicht bewußt. Er tut so, als gelte es lediglich, den Amerikanern gesprächsweise beizubringen, daß die Deutschen halt so sensibel seien, wenn es um ihre Grundrechte geht. Minister Friedrich versteht offenbar nicht, daß der Schutz der Grundrechte der Bürger zum Wesen des Staates und zu den Hauptaufgaben seines Amtes gehört. Es geht bei den Spionageangriffen nicht um Petitessen (Geringfügigkeiten), es geht nicht um Sensibilitäten, es geht um den Kern von Demokratie und Rechtsstaat.

Ein Minister, dem man das erst erklären muß, ist nicht ein Minister der Bundesrepublik, sondern ein Ministrant der US-Sicherheitspolitik. Mit seinem Reden von der Sicherheit als einem Supergrundrecht macht er sich zum NSA-Bruder, zum Bruder im Geiste des US-Geheimdienstes. Die Erfindung eines ungeschriebenen Supergrundrechts Sicherheit ist der Versuch, die Unterhöhlung des Bodens des Grundgesetzes zu rechtfertigen.

Der alte, berühmt-berüchtigte Satz des Staatsrechtlers Carl Schmitt - "souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet" - darf aber nicht Wahrheit werden. Heute muß gelten: Souverän ist, wer die Grundrechte seiner Bürger schützen kann. Innenminister Friedrich ist es nicht. Diese Bundesregierung ist es auch nicht. Ist es der deutsche Staat?

Manche halten die US-Spionage für Montezumas Rache an der Internet-Generation. Angeblich existieren immer noch etliche vage ehemalige alliierte Vorbehaltsrechte, die den USA zum Schutze ihrer Truppen in Deutschland alles Erdenkliche und nicht näher Festgelegte erlauben. Angeblich haben die Amerikaner beim US-Besuch des deutschen Innenministers auf die Ausübung solcher alten Rechte verzichtet. Nichts Gewisses weiß man nicht. Aber man hat das unangenehm mulmige Gefühl, daß es darauf nicht ankommen wird - weil die USA ganz unabhängig davon, ob noch ein dünner Faden von US-Vorbehaltsrechten in Deutschland existiert, die Macht haben und die Macht nutzen, auf alle Daten zuzugreifen, die sie wollen. Der Schutz der Grundrechte der Bundesbürger funktioniert offensichtlich nicht. Das ist ein Befund, der einen um den Schlaf bringt - es sei denn, man gehört zu den Phlegmatikern zumal aus der älteren Generation, die glauben, daß sie die Überwacherei nichts angehe, weil sie eh nichts zu verbergen hätten. Diese Leute halten die US-Spionage für Montezumas Rache an der Internet-Generation.

Es gibt ja nicht nur den US-Orwell. Es gibt auch eine deutsche und eine internationale Orwellness: Der Exhibitionismus der Web-Gesellschaft nutzt das Internet als Entblößungsmedium. Aus der Datenaskese der Volkszählungszeit ist eine Datenekstase geworden, eine Selbstverschleuderung von Persönlichkeitsdetails in Wort und Bild. Führt das zur Herrenlosigkeit der Daten? Hat die Gesellschaft den Datenschutz weggeworfen wie ein altes Fahrrad? Mitnichten. Erstens: Zwar wirft man sein Fahrrad nicht einfach irgendwo hin. Aber auch der, der das macht, tut damit nicht kund, daß er künftig auf den Schutz seines gesamten Eigentums verzichten will. Zweitens: Internet-Exhibitionisten können nicht die Grundrechte für andere und schon gar nicht für die gesamte Gesellschaft aufgeben.

Dringend nötig: Ein Rettungspaket für die Grundrechte

Als die Banken gefährdet waren, gab es Krisensitzungen. Deutschland und die EU haben Banken Milliarden säcke vor die Tür gestellt, um sie zu wieder zu stabilisieren. Womit stabilisiert die Bundesregierung den Boden des Grundgesetzes? Welche Krisengipfel hat die Regierung Angela Merkel angesichts der Gefahren für die rechtsstaatliche Tektonik einberufen? Welche Rettungsmaßnahmen gibt es? Keine. Nicht auf deutscher Ebene, nicht auf europäischer. War das Geld, war der Euro wichtiger, als es die Grundrechte sind? Das sicher Gelaubte ist nicht mehr sicher, die Grundrechte sind nicht mehr gewiß. Das ist keine Lappalie. Das ist ein Fall von Staatsnotstand. Und das besonders Schlimme daran ist, daß die Bundesregierung die Not nicht erkennt oder nicht erkennen will.

In den Staaten der westlichen Welt ist, angeführt von den USA, ein merkwürdiger Prozeß der Umkehrung rechtsstaatlicher Logik im Gang: Die Rechtsstaatlichkeit mißt sich offenbar nicht mehr daran, daß man die Grundrechte einhält. Statt dessen werden die Verletzungen von Grundrechten damit gerechtfertigt, daß ja ein Rechtsstaat sie vornehme. Der Begriff "Rechtsstaat" wird seines Inhalts entblößt und ungeachtet dessen einfach gesetzt. Die Vereinigten Staaten begründen auch die größten Anrührigkeiten auf diese Weise: Man sei ja ein Rechtsstaat; das adelt dann vermeintlich auch noch das Waterboarding.

Die Anti-Terror-Politik aber hat Recht und Rechte weggeräumt

Die Sicherheitsapparate eines Polizeistaats dürfen alles, was sie können. Die Sicherheitsapparate eines Rechtsstaats können alles, was sie dürfen. Sie dürfen und können ziemlich viel, aber das hat eine Grenze. Das galt vor dem 11. September 2001, und das muß auch nachher so sein; es ist aber nicht mehr so. Die Sicherheitspolitik der westlichen Länder hat in ihren Reaktionen auf die Terroranschläge verkannt, daß auf Dauer nur Recht die Freiheit sichern kann. Die Anti-Terror-Politik aber hat Recht und Rechte weggeräumt, um so für Sicherheit zu sorgen. Die USA waren und sind bei diesem Tun besonders exzessiv - der monströse Zugriff auch auf deutsche Daten und deutsche Bürger ist Teil dieser US-Exzessivität.

Stark ist nicht der Staat, der den Bürgern mit einem Generalverdacht gegenübertritt und

grundsätzlich jedem mißtraut. Stark ist der Staat, der die Sicherheit hat, daß die Menschen- und Bürgerrechte die besten Garanten der inneren Sicherheit sind. Der demokratische Staat, der nur wegen und aus der Freiheit seiner Menschen besteht, darf sich nicht gegen seine Schöpfer wenden.

"Der Staat ist um des Menschen willen da, nicht der Mensch um des Staates willen." Das steht im ersten Entwurf des Grundgesetzes, im Artikel 1 des Entwurfs von Herrenchiemsee. Die USA haben dies einst die Deutschen gelehrt.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 26. Juli 2013 (x892/...): >>**Hat DER SPIEGEL Pädophilie gefördert?**

Die katholische Journalistin Felicitas Küble ist bei ihren Recherchen zur sogenannten "sexuellen Revolution" auf verschiedene Artikel gestoßen, die darauf hindeuten, daß das Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL Pädophilie zumindest massiv verharmlost hat, wenn nicht sogar die Bewegung für Sex mit Kindern, die im Gefolge der 1968er Bewegung entstand, gefördert hat. DER SPIEGEL war eines der Zeitschriften, die mit besonderer Boshaftigkeit und Aggressivität gegen die Kirche kämpfte, als die Pädophilie-Skandale von Priestern bekannt wurden.

Straffreiheit für Sex mit Kindern:

"Spiegel"-Verkehrtes anno 1970

Der "Spiegel", seit jeher das "Enthüllungsmagazin" der Nation, gehört selber mal genauer unter die Lupe genommen.

Wir hier im CF bereits an zwei Beispielen (1980 und 1996) aufgezeigt, hat das linke Hamburger Politblatt jahrzehntelang kriminellen Pädosex verharmlost oder prominente Kinderschänder gar verherrlicht.

Den Startschuß für diese verhängnisvollen Bestrebungen, Kindesmißbrauch legalisieren zu wollen, gab zweifellos die 68er Kulturrevolution und ihre damit verbundene sog. "sexuelle Befreiung", die teils auch sexuelle Handlungen von Erwachsenen mit Kindern einbezog - oder Sexualität "vor" Kindern (z.B. Intimverkehr der Eltern vor den eigenen Sprößlingen).

Beides (Sex mit und Sex "vor" Kindern) war und ist rechtswidrig, ja mit Recht strafbar. Doch damals wollte man die "bürgerlichen Regeln" brechen und das Strafrecht liberalisieren. Tatsächlich wurde auch das Sexualrecht weitgehend "entschärft", z.B. die Pornographie legalisiert.

Doch damit nicht genug, wollten die besonders revolutionär Gestimmten weitergehen und auch den Pädosexuellen (die im Volksmund als "Kinderschänder" bezeichnet werden) zu ihrem vermeintlichen Recht verhelfen.

Ein typisches Beispiel dafür, wie diese Tendenzen pseudowissenschaftlich begünstigt wurden, lieferte das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" beispielhaft in einem Interview vom 24.8.1970 mit den parlamentarischen Staatssekretär Dr. Alfons Bayerl, einem bayerischen SPD-Politiker, der die unter der sozialliberalen Regierung Brand forcierte Liberalisierung des Sexualstrafrechts wesentlich mitgestaltete.

Doch wie sich aus dem Wortwechsel ergibt, positionierte sich der "Spiegel" hierbei im Sinne der "sexuellen Revolution" sogar noch deutlich links von Bayerl.

Im Laufe des Gesprächs kommt die Redaktion auch auf eine denkbare Strafrechtsreform beim Mißbrauchs-Paragrafen 176 zu sprechen.

Schon die Sprachregelung der ersten diesbezüglichen "Spiegel"-Frage läßt tief blicken:

"Gewaltlose sexuelle Handlungen an Kindern sollen auch in Zukunft mit Freiheitsstrafen bis zu zehn Jahren geahndet werden können. Entspricht dieser Strafrahen moderner wissenschaftlicher Erkenntnis über den Schaden, den diese Kinder tatsächlich erleiden?"

Die Antwort des sozialdemokratischen Politikers:

"Wir haben leider viel zuwenig wissenschaftliche Erkenntnisse, ob überhaupt und welchen Schaden Kinder davontragen. Wenn die Sexologen und andere Wissenschaftler in den näch-

sten Jahren mehr und bessere empirische Daten liefern, sind wir gern bereit, das Gesetz wieder zu ändern."

Der "Spiegel" bleibt weiter am Ball und behauptet munter drauflos:

"Einige Daten liegen ja immerhin schon vor. Wir denken da an den Tübinger Medizinprofessor Reinhard Lempp, der aufgrund einer Untersuchungsreihe an 97 Kindern zu folgender Feststellung gekommen ist:

"Die selbstverständliche Annahme einer seelischen Schädigung der Kinder durch sexuelle Delikte geht in Wirklichkeit auf eine tradierte besondere Tabuierung des Sexuellen überhaupt zurück und auf die bemerkenswerte Überbewertung der Verwerflichkeit sexueller Handlungen außerhalb ehelicher Beziehungen ... Allein über solche sexuellen Dinge vor einem Kreis erwachsener Menschen reden zu müssen belastet solche Kinder mehr als die Tat selbst, ja, es belastet die Kinder oft ganz allein."

Immerhin stellt der Staatssekretär klar, daß jene Studie wohl doch auf dünner Basis beruht: "97 Kinder sind noch nicht sehr viel."

Trotzdem stimmt er grundsätzlich zu: "Aber ich bin derselben Ansicht: Solange unsere Gesellschaft die Sexualität noch so tabuiert, wird das allein schon immer einen Schaden bei den Kindern hervorrufen. Sie werden ja so erzogen, im Elternhaus, in der Schule, in ihrer ganzen Umgebung."

Demnach entsteht der seelische Schaden bei Kindern weniger durch die Untat selber, sondern angeblich durch die "Tabus" der Gesellschaft, die solche Verbrechen allerdings zu Recht nicht duldet.

Nach so viel grünem Licht bohrt der "Spiegel" unermüdlich weiter:

"Sollte der Gesetzgeber nicht eher darauf hinwirken, diese Tabuierung abzubauen, statt sie gesetzlich zu zementieren."

Darauf Bayerl: "Man kann mit dem Gesetz nicht positiv erzieherisch einwirken. Dafür ist das Strafrecht weiß Gott ein untaugliches Mittel. Verhängnisvoll sind für das Kind die vielen Vernehmungen bei Polizei und Gericht. Wie hoch wir den Strafraumen ansetzen, spielt dabei überhaupt keine Rolle."

Also für das Kind ist in dieser schrägen Logik offenbar nicht das Mißbrauchsverbrechen "verhängnisvoll", sondern die "Vernehmungen" im Falle einer Ahnung des Täters.

Für die Spiegel-Redaktion ist hier ein Faß aufgemacht, in dem gerne weiter gerührt wird, denn als nächstes wird der damalige Rechtsschutz für Minderjährige in Frage gestellt:

"Im Bewußtsein der Gesellschaft ist aber eine hohe Strafdrohung ein Indiz, daß etwas als ganz besonders verwerflich gilt. Wer sexuelle Handlungen an abhängigen 14- bis 21jährigen vornimmt - Lehrer an Schülern etwa, Geistliche an Konfirmanden, Vorgesetzte an Untergebenen -, soll mit Freiheitsentzug bis zu fünf Jahren bestraft werden. Haben Sie hier Forschungsergebnisse, die eine besondere Schutzbedürftigkeit nahelegen?"

Der Staatssekretär widersteht dem in der Fragestellungen liegenden Trend zunächst einigermaßen:

"Nein, auch nicht. Aber wir wollen Erwachsene hindern, manipulierend in die sexuelle Entwicklung der Kinder einzugreifen. Die Kinder sollen auch im sexuellen Bereich echte Partnerschaftsverhältnisse erfahren. Bei Autoritätspersonen ist das doch durchweg nicht der Fall."

Doch der "Spiegel" bleibt hartnäckig am Ball - und zwar am falschen, indem er weiter bohrt:

"Müßte man nicht wenigstens die Altersgrenze herabsetzen, den Schutz auf 14- bis 16-jährige beschränken, wie es auch eine westdeutsche Professoren-Runde in einem Alternativ-Entwurf vorgeschlagen hat"

Bayerl widerspricht: "Fänden Sie es gut und richtig, daß ein 17jähriges Mädchen, das zur Erziehung in einem Heim untergebracht ist oder zur Ausbildung bei einem Lehrherrs, ständig sexuell belästigt wird?"

Auch hier beschwichtigt das Hamburger Blatt erneut und ignoriert dabei das Machtgefälle zwischen Vorgesetzten und Untergebenen mit einer dummdreisten Behauptung:

"Der Schaden, der bei diesem Mädchen entsteht, kann doch nicht größer sein, als wenn Hausverwalter oder Gesellen zudringlich werden."

Der Staatssekretär entgegnet erneut:

"Wir wollen die Freiheit im sexuellen Verhalten schützen. Ein unabhängiges 17jähriges Mädchen tut es im Einverständnis. In einem Abhängigkeitsverhältnis braucht die Autoritätsperson keine Gewalt anzuwenden, sondern macht sich das Mädchen aufgrund der autoritären Stellung gefügig."

Doch der "Spiegel" ist nicht zu bremsen: "Auch innerhalb von Abhängigkeitsverhältnissen gibt es einverständliche sexuelle Beziehungen. Die würden auch unter die Pönalisierung fallen."

Bayerl stellt klar: "Wenn es um eine 16- bis 21jährige geht, nur "unter Mißbrauch der Abhängigkeit"."

Als nächstes kümmert sich der "Spiegel" darum, den damals noch geltenden Jugendschutz vor Pornographie in Frage zu stellen:

"Für Erwachsene soll - seit langem überfällig - die Pornographie künftig freigegeben werden. Warum aber soll weiterhin jemand bestraft werden, der Jugendlichen unter 18 Jahren Pornos verschafft? Aus geschmacklichen Gründen? Oder haben Sie Beweismaterial dafür, daß Pornographie auf Jugendliche schädlich wirkt?"

Nachdem der Staatssekretär einräumt, er habe (angeblich) keine Kenntnis von Beweismaterial, bleibt der "Spiegel" unerbittlich am Ball:

"Nach den bislang vorliegenden Untersuchungen spricht überhaupt nichts für schädliche Wirkungen auf Jugendliche. Vor allem hat man ausgeschlossen, daß Pornographie zu unkontrolliertem Sexualverhalten verleite und daß sie die Triebrichtung beeinflusse, wie früher angenommen wurde."

Bayerl bemerkt zwar noch: "Ich sehe nicht recht ein, was für die Freigabe spricht", doch der "Spiegel" nimmt ihn mit seiner weiteren Fragestellung derart in die Zange, daß ihm die argumentative Puste ausgeht:

Frage des "Spiegel": "Nach Paragraph 184 soll mit maximal einem Jahr Freiheitsstrafe bestraft werden, wer einem Kind Pornos zugänglich macht. Nach Paragraph 176 Absatz 5 Ziffer 3 soll dieselbe Handlung drei Jahre Freiheit kosten, wenn sich der Erwachsene dabei sexuell erregt - was das Kind gar nicht bemerken muß und für den Grad der Einwirkung auf das Kind auch keinen Unterschied macht. Was soll hier eigentlich dreimal so hoch bestraft werden, die sexuelle Erregung des Erwachsenen?"

Bayerls entgegenkommende Antwort:

"Kein vernünftiger Richter wird den Strafraumen dann ausschöpfen. Aber ich stimme Ihnen zu. Tatsächlich würden wir mit diesem Tatbestand wieder die wollüstige Absicht pönalisieren, was wir auf keinen Fall wollen. Man muß beim 176 den ausnehmen, der vorzeigt und sich selber erregen will, ohne daß das Kind davon Kenntnis erlangt."

Das Interview verdeutlicht, wie zielstrebig die "Spiegel"-Redaktion sogar den SPD-Politiker vor sich hertreibt und ihn in die gewünschte Richtung lenkt - und zwar zu Lasten des Schutzes für Kinder und Minderjährige.<<

Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" berichtete am 4. August 2013: >>"Das ist mir alles zu lahm"

Linksfraktionschef Gregor Gysi über den Wahlkampf in Deutschland

Er vermisse die Leidenschaft im Wahlkampf, sagt Gregor Gysi, Fraktionsvorsitzender der Linken im Bundestag. Er spricht zudem darüber, wie regierungsfähig seine Partei ist und wie er einen Politikwechsel durchsetzen will in einem Land, in dem zur Zeit kaum Wechselstim-

mung zu spüren ist.

Gregor Gysi im Gespräch mit Gerhard Schröder ...

Schröder: Das Interview der Woche mit Gregor Gysi, Fraktionschef der Linkspartei. Herr Gysi, in sechs Wochen sind Bundestagswahlen. Nach Meinungsumfragen steht die Linkspartei stabil bei sieben bis acht Prozent, also über der Fünfprozentmarke. Sie würden also vermutlich ins Parlament einrücken. Von dem Ziel, das Sie vor Wochen ausgerufen haben, nämlich ein zweistelliges Ergebnis, sind Sie aber genau so weit entfernt. Wo hakt es noch beim Wahlkampf?

Gysi: Na, es muß jetzt mal ein bißchen Leidenschaft einziehen in den Wahlkampf, das ist mir alles zu lahm, ehrlich gesagt. Und da keiner im ernst mehr glaubt, daß Herr Steinbrück Kanzler wird, wird es noch ein bißchen lahm. Und ich sage immer, jetzt müssen wir unsere Mitglieder motivieren, unsere Sympathisantinnen und Sympathisanten motivieren und müssen einen leidenschaftlichen Wahlkampf führen. Und ich bleibe bei meinem Ziel, deshalb will ich ein zweistelliges Ergebnis erreichen. Und da werden wir streiten.

Unser Wert besteht doch darin, daß es in bestimmten Fragen so eine "Allparteienkonsenssoße" gibt, wo nur wir den Widerspruch anmelden. Es ist ganz egal, ob ich die Kampfeinsätze der Bundeswehr nehme, ob ich die falschen Euro-Rettungsschirme nehme, ob ich die Senkung des Rentenniveaus oder Rente erst ab 67 nehme, ob ich den Kern der prekären Beschäftigung nehme, ob ich den Kern von Hartz IV nehme. Also ich werde versuchen, die Leute davon zu überzeugen. Je stärker die Linke, desto mehr ändern die anderen Parteien ihre Politik. Das ist unser eigentlicher Wert.

Schröder: Gerade haben Sie ein Plädoyer für die Linke als Oppositionspartei gehalten. Sie wollen aber mitregieren, haben Sie in letzter Zeit wiederholt gesagt, haben sich für ein rot-rot-grünes Bündnis stark gemacht. Sehen Sie dafür noch realistische Chancen?

"Die SPD ist viel zu diszipliniert"

Gysi: Das stimmt gar nicht, ich habe das so nie gesagt. Ich sage was ganz anderes, ich sag nur immer: Es scheitert nicht an uns, sondern es scheitert doch an der SPD. Die sagt doch, sie will lieber mit der Union koalieren oder mit der FDP koalieren. Da kann sie zwar ihr ganzes Wahlprogramm vergessen, davon können sie ja dann nichts umsetzen. Nein, ich glaube daran auch nicht. Die SPD ist viel zu diszipliniert im Verhältnis zur CDU und viel zu artig, um sich so etwas zu trauen, das wäre ja mal ein mutiger Schritt.

Schröder: Also, Sie richten sich auf vier Jahre Opposition ein?

Gysi: Also, ich sage nur immer: An uns scheitern die Gespräche nicht. Wir haben bestimmte Haltelinien. Wenn es einen Ruck gibt in der SPD, zum Beispiel einen Druck durch die Basis und so weiter. Das Problem sind nicht wir, das Problem ist die SPD. Darauf lege ich Wert, das festzustellen. Und die Grünen übrigens auch, die haben ja genau so viele Hemmungen wie die SPD, die machen es bloß nicht so platt wie die SPD.

Schröder: Wenn rechnerisch nach dem Wahltag eine rot-rot-grüne Mehrheit da wäre, glauben Sie, daß es da noch ein Umdenken gäbe bei SPD und Grünen?

Gysi: Ich habe eines in meinem Leben gelernt: Man soll nie was ausschließen. Es klingt im Augenblick nicht sehr wahrscheinlich, aber man soll nie was ausschließen. Wissen Sie, es ist gar nicht so, daß ich das anstrebe oder so. Ich will nur sagen: Wenn wir einen Politikwechsel wollen, das geht ohne uns gar nicht. Die anderen machen einen Personalwechsel, das reicht mir nicht.

Schröder: Politikwechsel, was heißt das konkret? In Ihrem Wahlprogramm steht: Hartz IV-System überwinden, Mindestrente 1.050 Euro, Hartz IV-Satz von 500 Euro, Leiharbeit verbieten. Das alles wäre doch so auch mit SPD und Grünen kaum umsetzbar.

Gysi: Ja, aber die Richtung muß doch stimmen, die Richtung muß stimmen. Also, ich sage mal drei Sachen, nur Beispiele: Kampfeinsätze der Bundeswehr würden mit uns nicht stattfin-

den. Zweitens: Es muß deutlich mehr soziale Gerechtigkeit geben. Drittens, um mal ein Beispiel zu sagen, die Rentenangleichung Ost und West, also darauf müßte ich bestehen. Ich kann mich ja im Osten gar nicht mehr blicken lassen, wenn ich sage, na wir verzichten auch darauf. Das ginge gar nicht, um mal ein Beispiel zu nennen. Lohnangleichung brauchen wir natürlich auch. Also, es gibt viele Punkte, da muß hart verhandelt werden.

Ich sage ja nicht, daß wir alles zu hundert Prozent durchsetzen können, aber die Richtung muß doch stimmen. Bei Hartz IV will ich Ihnen auch mal sagen: Wissen Sie, mich stört die Art, wie wir denken. Was machen wir? Wir sagen: Hartz IV Bezieherinnen und Hartz IV Bezieher bekommen ein Existenzminimum. Dann legen wir Sanktionen fest, also wir nicht, die Mehrheit im Bundestag legt dann Sanktionen fest und sagt:

Das wird bestraft, das wird bestraft. Man kann einem Menschen nicht weniger als das Existenzminimum geben. Warum können wir denn nicht umgekehrt da ran gehen und sagen: Leute, die sich besonders engagieren, die ehrenamtlich tätig sind, kriegen einen Bonus. Verstehen Sie? Wir haben ein Existenzminimum, das geben wir so, und dann machen wir einen Bonus für Leute, die sich besonders engagieren. Wir denken immer nur in Form von Strafen. Ich würde das gern genau umgekehrt machen: Die Leute animieren, sie versuchen zu gewinnen zu besonderen Aktivitäten.

Schröder: Herr Gysi, andererseits ist ja die Frage, würde eine Regierungsbeteiligung, wo Sie doch einen Großteil auch Ihrer Forderungen zumindest zurückschrauben müßten, würde das die Linkspartei nicht vor eine Zerreißprobe stellen? Denn das war ja ein langjähriger Konflikt: sollen wir uns als Fundamentalopposition positionieren oder eine zweite SPD werden, was ja in Ihrer Partei nach wie vor viele ablehnen, zu viele Kompromisse machen. Also, sind Sie überhaupt regierungsfähig?

Gysi: Na klar sind wir regierungsfähig. So viel gehört ja nicht dazu. Schauen Sie sich mal die Bundesministerinnen und Bundesminister an. Also, deren - sagen wir mal - Fähigkeiten sind ja auch begrenzt. Glauben Sie im Ernst, das könnten wir nicht? Na, das könnten wir schon lange. Nein, das würde gar nicht eine Zerreißprobe werden. Ein Parteitag müßte das ja bestätigen. Nur, wissen Sie, ich weiß doch auch, daß das im Augenblick gar nicht ansteht. Ich weiß doch, daß die SPD das gar nicht will und die Grünen. Ich glaube übrigens gar nicht an die Zerreißprobe. Und wissen Sie, ich kenne die, die gerne etwas radikaler auftreten als ich. Die sind dann so was von diszipliniert in der Regierung, dann muß ich die immer mahnen, nicht zu weit zu gehen. Also, da bin ich ganz sorgenfrei diesbezüglich.

Schröder: Aber in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, wo Sie an der Regierung beteiligt waren, haben Sie keine guten Erfahrungen gemacht.

Gysi: Ja, man muß lernen. Es ist so ...

Schröder: Da mußten Sie zum Beispiel Einsparungen im öffentlichen Dienst mittragen. Das ist der Partei nicht gut bekommen. Viele sehen das ja auch als Grund, da vorsichtig zu sein.

Gysi: Aber das ist ja auch eine Gemeinheit. Die Linke wird immer dort stark gewählt, wo Armut herrscht. Ich würde auch gerne mal ein reiches Land regieren, verstehen Sie? Da kann man ja besonders viel verteilen. Aber das ist nicht das Schicksal. Wenn man links wird, muß man wissen, immer in schwierigen Situationen kommt man in Verantwortung. Und Berlin ist ja wirklich unbeschreiblich pleite. Da mußte man auch bestimmte Dinge einsparen. Aber ich bestreite doch gar nicht, daß wir da auch Fehler gemacht haben und dazugelernt haben. Was mir jetzt in Brandenburg zum Beispiel gefällt, ist, daß deutlicher wird in der Landesregierung, was geht auf uns zurück und was geht auf die SPD zurück. Das war mir in Berlin immer zu wenig. Aber ich glaube, da haben wir schon eine ganze Menge dazu gelernt.

Schröder: Herr Gysi, Sie sagen, Sie wollen einen Politikwechsel. Eine Wechselstimmung bei den Wählern kann man im Land kaum feststellen. Bundeskanzlerin Merkel ist beliebt wie kaum zuvor. Die Union steht stabil bei über 40 Prozent. Wie erklären Sie sich das?

"Merkel ist nicht eitel und materiell überhaupt nicht interessiert"

Gysi: Na ja, Frau Merkel hat natürlich für die Bevölkerung zwei Vorteile: sie ist nicht eitel und sie ist auch materiell überhaupt nicht interessiert. Und dadurch kommt sie an bei den Leuten. Leider gibt es allerdings auch einen Irrtum. Sie denken alle, Frau Merkel schützt ihre Sparguthaben. Und da behaupte ich, das passiert nicht, weil eine ganz falsche Politik in Bezug auf Südeuropa gemacht wird. Aber Sie haben recht, es gibt im Augenblick noch keine Wechselstimmung. Das macht ja den Wahlkampf auch so lahm. Aber deshalb versuche ich ja, Leidenschaft hineinzubringen. Mal sehen, ob es noch gelingt.

Schröder: Eine andere Erklärung, Herr Gysi, wäre, den Deutschen geht es ja auch so gut wie lange nicht. Während in den Nachbarstaaten die Wirtschaft in der Krise steckt, in der Rezession, ist die Arbeitslosigkeit hier gering, die Beschäftigung hoch. Also warum sollten die Wähler diese Regierung abwählen?

Gysi: Also in den letzten zehn Jahren haben wir 1,4 Millionen Vollzeitarbeitsplätze abgebaut. Weshalb die Statistik so gut aussieht, kann ich Ihnen sagen: weil wir so viel prekäre Beschäftigung eingeführt haben, erzwungene Befristung, erzwungene Teilzeit, die ganze Leiharbeit, der Mißbrauch der Werkverträge, diese 400-Euro-Jobs ...

Schröder: Der Wähler sieht es offenbar anders.

Gysi: Nein, es gibt bei den ärmeren Leuten oft die Vorstellung, daß sie auch durch Wählen nichts mehr verändern. Wir müssen die Nichtwählerinnen und Nichtwähler gewinnen, wählen zu gehen. Das ist mir wichtig diesbezüglich. Aber wissen Sie, nein, fragen Sie mal eine Hartz-IV-Empfängerin, eine Alleinerziehende mit zwei oder drei Kindern, ob es ihr gut geht. Die wird Ihnen das Gegenteil erzählen. Oder jemand, der drei 400-Euro-Jobs hat, um einigermaßen über die Runden zu kommen. Wir dürfen die Maßstäbe nicht verschieben. Uns beiden geht es natürlich ganz gut. Aber es gibt auch viele, denen geht es nicht gut. Und die muß man immer im Blick behalten.

Das ist übrigens eine Schwäche des Spitzenkandidaten der SPD. Der redet zu viel mit Bankern und mit Managern und zu wenig mit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, mit Arbeitslosen, mit Hartz-IV-Empfängerinnen und Hartz-IV-Empfängern. Aber Sie haben recht, es gibt im Augenblick keine wirkliche Wechselstimmung. Aber es sind ja noch ein paar Wochen hin. Die kann ja noch entstehen, und dann wird es vielleicht noch spannend.

Schröder: Gregor Gysi im Interview der Woche im Deutschlandfunk. Herr Gysi, am 22. September wird nicht nur der Bundestag gewählt, sondern auch der Landtag in Hessen. Derzeit sieht es nicht so aus, als könnte die Linkspartei dort ins Parlament einziehen. Das würde bedeuten, daß außer dem Saarland die Linkspartei in keinem anderen Flächenland in Westdeutschland vertreten wäre. Was bedeutet das? Ist die Ausdehnung der ehemaligen PDS auf ganz Deutschland, auf Westdeutschland damit gescheitert?

Gysi: Also, zunächst mal gehe ich davon aus, daß wir das schaffen. Der Wahlkampf beginnt ja erst. Und da das am gleichen Tag ist wie die Bundestagswahl gibt es auch eine ganz gute Chance, wenn wir genügend für uns Stimmung machen können hinsichtlich der Bundestagswahl, daß sich das auch positiv auswirkt auf das Landtagswahlergebnis. Deshalb will ich jetzt noch gar nicht darüber diskutieren, was wäre, wenn Folgendes passierte. Aber zu Ihrer generellen Frage: nein, das kann man nicht sagen. Wir hatten bei der Bundestagswahl 2005 4,9 Prozent der Stimmen in den alten Bundesländern und 2009 - das war natürlich ein Topergebnis - 8,7 Prozent. Das ist gewaltig für die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.

In den alten Bundesländern hatte eine Partei links von der Sozialdemokratie niemals eine Chance, in die Nähe solcher Werte zu kommen. Natürlich ärgert es mich auch, und ich möchte, daß wir wieder in mehr Landtage einziehen. Aber das hängt doch damit zusammen, daß wir diese Partei letztlich dann auch von oben gegründet haben. Und da sind wir landes- und kommunalpolitisch noch nicht so gut verankert, daß das hält. Da gibt es so einen Rausch,

dann ziehen wir ein, dann werden wir wieder rausgewählt, aber trotzdem ...

Schröder: Nicht gut verankert, Herr Gysi, das ist eine sehr vornehme Beschreibung dafür, daß Sie reihenweise aus den Landtagen fliegen, gerade in Nordrhein-Westfalen, in Baden-Württemberg, in Bayern, da sind Sie eine Splitterpartei.

Gysi: Nein, in Baden-Württemberg sind wir nicht rausgeflogen, da sind wir leider nicht reingekommen.

Schröder: Das Ergebnis ist dasselbe.

Gysi: Ja, es ist aber ein kleiner Unterschied.

Schröder: Sie sind nicht nur nicht gut verankert, Sie spielen dort politisch eigentlich keine Rolle mehr. Wie lange kann das die Linkspartei aushalten - in Ostdeutschland sehr stark, in Westdeutschland bedeutungslos?

"Die Rolle als reine Ostpartei können wir gar nicht weiter spielen"

Gysi: Trotzdem, ich sage Ihnen, in Baden-Württemberg habe ich an dem Wahlkampf teilgenommen. Und deshalb weiß ich, daß es dort eine Stimmung für uns gab, aber es gab ein taktisches Denken, die Sorge, daß es nicht reicht für SPD und Grüne, um die Regierung in Baden-Württemberg zu bilden, was so ein bißchen gegen uns gesprochen hat. So was muß man natürlich überwinden. Also, ganz klar, die Rolle Ostpartei, als reine Ostpartei, können wir gar nicht weiter spielen, weil uns das viel zu wenig Gewicht gäbe. Daß bei uns ostdeutsche Interessen immer sehr gut durchsetzbar sind, artikuliert werden, wenn ich zum Beispiel endlich an die gleiche Rente für die gleiche Lebensleistung denke oder eben den gleichen Lohn in gleicher Arbeitszeit für die gleiche Arbeit, das ist doch selbstverständlich.

Oder auch Respekt für ostdeutsche Biographien. Aber auf der anderen Seite haben wir doch bundespolitisch nur Gewicht, wenn wir ein Faktor in ganz Deutschland sind. Und wir sind ja auch in Landesparlamenten, in Bremen und in Hamburg und noch eben auch in Hessen und ich glaube, daß wir da auch drin bleiben, und wir werden auch wieder einziehen in andere Landtage, wenn wir uns dort stabilisieren. Aber Politik verläuft doch nicht so, daß es immer nur aufwärtsgeht.

Schröder: Zeigt sich in Westdeutschland nicht vielleicht ein grundsätzliches Problem, nämlich daß die Linkspartei immer mehr Schwierigkeiten hat, Leute für sich zu begeistern, je mehr SPD und Grüne - Sie haben das ja auch angemerkt - Positionen der Linken übernehmen, etwa bei Mindestlohn, bei der Rente, bei anderen Themen. Wird also die Linkspartei überflüssig?

Gysi: Nein, das glaube ich nicht, und zwar, weil wir erstens in vielen Punkten - ich habe sie vorhin schon genannt - die einzigen sind, die im Bundestag widersprechen ...

Schröder: Aber in Westdeutschland zieht das offenbar nicht.

Gysi: Ja doch, also ich finde nach wie vor, über vier Prozent oder jetzt werden wir in der Regel so bei vier bis fünf Prozent in den alten Bundesländern gesehen hinsichtlich der Bundestagswahl, das hat doch Gewicht. Ich bitte Sie, das ist doch nicht nichts. Ich meine, das sind nicht die Werte wie in den neuen Bundesländern, aber für mich hat das Gewicht. Natürlich richtet sich die SPD auch nach uns, aber das ist doch erstmalig in der Geschichte der SPD der Bundesrepublik. Die stand immer nur von rechts unter Druck, plötzlich steht sie auch mal von links unter Druck. Und das muß man ihr ja auch gönnen in jeder Hinsicht.

Schröder: Die Frage bleibt trotzdem, was müssen Sie tun, um in Westdeutschland wieder mehr Gewicht zu bekommen.

Gysi: Trotzdem, jetzt richtet sich die SPD - da haben Sie recht - ein bißchen nach uns in ihrem Programm so lange sie in der Opposition ist. Und wenn sie dann in der Regierung ist, warten wir mal ab, was dann passiert. Dann werden Sie sehen, wie unser Wert wieder zunimmt. Wir sind mehr als ein Korrekturfaktor, aber wir sind auch ein Korrekturfaktor, und das ist nicht unwichtig. Wir müssen die Kommunalpolitik aufbauen, wir müssen die Landesver-

bände stärken. Die müssen auch etwas weniger ideologisch sein und etwas mehr auf die Bürgerinnen und Bürger zugehen.

Also, wir müssen uns um die praktischen Probleme der Leute kümmern. Sie wissen ja, wie sehr Linke natürlich auch zur Ideologie neigen. Verstehe ich auch, ist auch gar nicht das Problem, ich habe auch nichts dagegen, aber gleichzeitig müssen wir viel näher an den Leuten dran sein. Das ist auch im Osten nicht so einfach, weil unsere Mitglieder älter werden und der Zugang nicht so leicht zu organisieren ist. Ich kenne doch unsere Probleme.

Schröder: Herr Gysi, zum Abschluß noch ein Wort zu Thomas de Maizière. Er hat am vergangenen Mittwoch vor dem Untersuchungsausschuß ausgesagt zum gescheiterten Rüstungsprojekt Euro-Hawk und dabei an seiner Verteidigungslinie weitgehend festgehalten, er habe nicht früher von den Problemen gewußt, daß sie so massiv sind. Seine Mitarbeiter hätten Informationen nicht weitergegeben. Ist der Fall damit erledigt?

Gysi: Ach, wissen sie, Politikerinnen und Politiker haben es natürlich nicht leicht. Das ist ja so: wenn man was weiß und es nicht sagt, ist man schuldig. Wenn man es nicht weiß, ist man auch schuldig, weil man dann seinen Apparat nicht im Griff hat. So leicht kommt er da nicht heraus. Ich sage jetzt gar nichts über Konsequenzen, aber Aufklärung brauchen wir. Wissen Sie, ich will Ihnen das auch begründen. Wenn man 500 Millionen in den Sand setzt für etwas, wo ich meine, daß wir es sowieso nicht brauchen. Das ist noch wieder eine ganz andere Frage, diese blöden Drohnen.

Wissen Sie, wie erklären Sie denn den Leuten in Rostock, daß es kein Geld für ein Theater gibt? Wie erklären Sie den Leuten, daß Busfahrten für Kinder zur Schule, daß man dort vielleicht doch über Gebühren nachdenkt und solche Sachen? Das geht nicht. Und dann sagt die Regierung, na ja, 500 Millionen, Pech gehabt, die sind eben in den Sand gesetzt. So geht das nicht. Das muß doch ausgewertet werden. Wenigstens muß man doch sagen, wie kann man das in der Zukunft verhindern.

Und dann gibt es ja noch eine Sache, die mich am meisten stört, wenn sie stimmt, die gerade ermittelt wird: als man schon wußte, daß das nichts wird, hat man weiter bezahlt. Warum? Damit die ihre Spionagesysteme entwickeln können, die sie jetzt privat weltweit verkaufen. Das heißt, wir haben Steuergelder zur Verfügung gestellt, damit so ein Rüstungskonzern ein dickes Geschäft macht. Das finde ich nun ein starkes Stück. Also, da sind andere schon für weniger für Untreue zur Verantwortung gezogen worden.

Schröder: Aber das heißt, auch Sie gehen davon aus, Ihre Mittel, die Mittel der Opposition sind erschöpft. Thomas de Maizière bleibt im Amt?

Gysi: Das sage ich gar nicht. Wir haben ja Wahlen am 22. September. Warten wir mal ab, wer da im Amt bleibt. Mein erstes Ziel ist nicht immer, daß irgend jemand geht, sondern mein erstes Ziel ist, die Wahrheit zu erfahren. Und da sind wir noch ein ganzes Stück entfernt. Und deshalb bin ich sicher, auch in der nächsten Legislaturperiode wird es diesbezüglich noch Aufklärung geben und geben müssen.

Schröder: Herr Gysi, ich danke Ihnen für das Gespräch.

Gysi: Bitte.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandradio macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.<<

Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 26 berichtete am 21. August 2013:

>>Souveränität, Recht und Demokratie versus Machtpolitik

von Prof. Dr. jur. und Dr. phil. Alfred de Zayas

Die Souveränität ist in der Charta der Vereinten Nationen verankert. Wir haben seit 1945 eine neue Weltordnung. Und die Uno-Charta ist die Weltverfassung - allerdings nicht die Verfassung einer Weltregierung. Das will keiner. Aber es ist eine Verfassung, die alle Staaten ver-

traglich akzeptiert haben. Eine Verfassung, die die Souveränität aller Staaten garantiert, nämlich in Artikel 1 und Artikel 2. Artikel 2 ist besonders wichtig, nicht nur, weil hier die Gleichheit aller Staaten unterstrichen wird, sondern auch, weil nicht nur die Gewaltanwendung, sondern auch die Androhung von Gewalt ganz deutlich verboten wird.

Das heißt nicht, daß die Staaten sich daran halten, aber juristisch gesehen, völkerrechtlich gesehen sind die Normen klar. Souveränität bedeutet auch Selbstbestimmung der Völker. Selbstbestimmung der Völker ist, was man in juristischer Sprache "ius cogens" nennt bzw. bindendes Völkerrecht. Die afrikanischen Staaten haben dank dieses Prinzips der Selbstbestimmung in den späten 50er und Anfang der 60er Jahre ihre Unabhängigkeit gewonnen. Indien hatte sich schon im Jahr 1947 von Großbritannien freigemacht.

Es gibt auch sehr viele Völker, die keine Selbstbestimmung haben. Eines der Themen, die ich in meinem neuen Bericht für die Vereinten Nationen behandle, sind die Autochthonen, das heißt Menschen, die seit Generationen und Generationen in einem Gebiet leben, z.B. die Ur-Amerikaner, fälschlicherweise "Indianer" genannt, die Aborigines aus Australien, die Tamilen in Sri Lanka, die Ibos in Biafra, die Kurden in der Türkei, Syrien, Irak und Iran, Kashmiri in Indien, die Molukken in Indonesien, die deutschen Südtiroler in Italien usw.

Ob wir über die Autochthonen in Alaska sprechen oder in Hawaii oder in West-Papua - sie alle haben ein Recht auf Selbstbestimmung. Das bedeutet nicht immer Unabhängigkeit. Selbstbestimmung kann auch im Rahmen einer Autonomie-Regelung erreicht werden, solange das der Wille des Volkes ist. Das muß natürlich festgestellt werden.

Völkerrechtlich gesehen sind die Normen klar. Artikel 1 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte sowie Artikel 1 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte garantieren dieses Recht.

Was verstehen wir unter Recht? Wenn wir Recht sagen, sprechen wir von Rechtsstaatlichkeit. Wir sprechen von Rechtssicherheit. Wir sprechen von checks and balances, wie wir in Amerika sagen. Das heißt, daß es eine exekutive, eine legislative und eine juristische Staatsgewalt gibt. Es sind getrennte Gewalten, die sich gegenseitig ausbalancieren. Allerdings muß angemerkt werden, daß die höchste Gewalt in allen Rechtsstaaten die Richter sind. Also nicht die Exekutive, nicht die Legislative, sondern die Richter, die über das Handeln von Präsidenten und über das Handeln von Parlamenten bestimmen können. Das ist ein Merkmal eines Rechtsstaates (Im Fall der direkten Demokratie der Schweiz liegt die höchste Gewalt beim Volk - die Redaktion).

Allerdings ist die Rechtsstaatlichkeit in den meisten modernen Staaten sehr angeschlagen. Und aus meiner Erfahrung als Uno-Beamter und als Experte verschiedener Gremien kann ich Ihnen sagen, daß die sogenannten unabhängigen Richter häufig nicht unabhängig sind. Hieraus ergibt sich eine Unterminierung der Rechtsstaatlichkeit. Allerdings ist es besser, wenn man etwas hat, was noch korrigierbar ist, als wenn man eine Situation ohne Normen hat, ohne Gesetze, ohne Richter. So haben wir eine Struktur, die korrigierbar ist, aber auch nur, wenn eine Bürgerschaft da ist, die das verlangt; wenn die Bürger wach sind und wenn sie nicht eingeschüchtert werden.

Die Einschüchterung durch die sogenannte politische Korrektheit ist eine der größten Gefahren für die Rechtsstaatlichkeit; sie ist eine der größten Gefahren für die Demokratie. Denn viele Menschen denken etwas Bestimmtes, sagen aber etwas anderes. Viele Menschen wagen es nicht, sich zu äußern. Sie schweigen lieber, als sich öffentlich zu äußern, weil sie vor den Konsequenzen Angst haben, wenn sie offen sprechen.

Ich zum Beispiel habe als Professor für Völkerrecht, als Uno-Beamter, gelitten wegen meiner Publikationen. Meine Publikationen haben mir in meiner Karriere nicht geholfen. Ganz im Gegenteil. Ich habe mindestens drei Beförderungen in den Vereinten Nationen verpaßt wegen meines Buches über die Vertreibung der Deutschen am Ende und nach dem Zweiten Welt-

krieg, "Die Nemesis von Potsdam" (Herbig, 14. Auflage 2005).

Ausdrücklich wegen dieses Buches, weil ich die Argumente kenne, die in den ausschlaggebenden Gremien diskutiert wurden. Und dieses politisch unerwünschte Buch ist mir vorgeworfen worden. Natürlich will man niemanden haben, der heiße Eisen anpackt. Lieber jemand, der keine Wellen macht, als jemand, der offen spricht.

Rechtstaatlichkeit ist nicht nur Rechtspositivismus. Es geht nicht nur um das, was im Gesetz steht, sondern auch um das, was über dem Gesetz steht. Es gibt das berühmte Buch von Montesquieu, "De l'esprit des lois" (Über den Geist des Gesetzes). Der Geist des Gesetzes ist der Ursprung des Rechts. Und das ist wichtiger als das, was aufs Papier kommt. Denn auf dem Papier gibt es manchmal sehr ungerechte Gesetze.

Man muß immer bedenken, daß das Gesetz da ist, um Gerechtigkeit zu schaffen, und nicht, um Ungerechtigkeiten festzulegen und zu zementieren. Das ist eine Diskussion, die die Rechtsphilosophen führen, und es gibt im Grunde genommen keine Lösung, und es bleibt eine gewisse Spannung zwischen dem Begriff Recht und dem Begriff Gerechtigkeit. Ich selbst bin römisch-katholisch und ein Anhänger der Philosophie des Naturrechts und dafür, daß wir mehr Raum für das Naturrecht schaffen.

Mein Problem als Professor für Völkerrecht ist: Ich muß meinen Schülern bzw. meinen Studenten erklären, wie es dazu kommt, daß das Völkerrecht so oft nach Belieben eingesetzt wird. Hier wird es anerkannt, dort aber nicht. Gesetzt den Fall, daß das Volk vom Kosovo die Unabhängigkeit haben sollte: Wenn der Begriff Selbstbestimmung allgemeine Gültigkeit besitzt, warum nicht auch in Biafra?

Sie werden sich erinnern: 1967/70 der Völkermord in Biafra. Und Nigeria hat die sehr legitime Bestrebung des Volkes von Biafra, sich von Nigeria zu trennen, mit grausamer Gewalt unterdrückt. Dasselbe gilt für Sri Lanka, sie kennen alle die Problematik um die Tamilen. Sie haben keine Selbstbestimmung und keine Unabhängigkeit bekommen. Sie sind massakriert worden, und die Welt hat zugeschaut.

Ich bin Amerikaner, und ich würde gerne denken, wir sind "die Guten". Ich würde so gerne daran glauben. Als ich Schüler war in Chicago, mußte ich jeden Morgen sagen: "I pledge allegiance to the flag of the United States of America, and to the republic for which it stands, one nation under God, indivisible, with liberty and justice for all." (Ich schwöre Treue auf die Fahne der Vereinigten Staaten von Amerika und die Republik, für die sie steht, eine Nation unter Gott, unteilbar, mit Freiheit und Gerechtigkeit für jeden.) Jeden Morgen, wenn die Flagge gehißt wurde, mußte ich das sagen, und natürlich haben gleichzeitig die Trompeten geblasen. Man will an etwas glauben, man hat es nötig, an sich selbst zu glauben.

Es ist gut und wichtig, Werte zu haben, aber es ist für mich eine große Enttäuschung zu merken, daß sich auch meine Regierung nicht an das Völkerrecht hält. Man braucht nur an Guantánamo, an Abu Graib, an die NSA-Enthüllungen zu denken. Dann fragt man sich: Wo stehen wir? Was bleibt überhaupt von der Ethik?

Und ehrlich gesagt, es bleibt nicht viel übrig. Nun, ich sagte Völkerrecht nach Belieben, ich nenne es auch "Völkerrecht à la carte". Das wird heute so angewandt und morgen ganz anders. Und was ist mit dem Ideal der Demokratie?

Die einzige Demokratie, die ich kenne, ist die schweizerische. Sie ist nicht perfekt. Aber sie ist die einzige, in der eine gewisse Korrelation zwischen dem Willen des Volkes und der eigentlichen Politik besteht. Bei uns in Amerika gibt es einen totalen "disconnect" zwischen Senatoren, Kongreßabgeordneten und dem Volk.

Eine Demokratie ist mehr als der Pro-Forma-Wahlgang, bei dem Sie für Kandidat A oder für Kandidat B stimmen. Ich muß auch eine Möglichkeit haben, die Entscheidungen dieses Kandidaten zu beeinflussen. Ich will nicht, daß es nur Kandidaten gibt, die dem militärisch-industriellen Komplex verpflichtet sind. Dann habe ich wirklich keine echte Wahl. Man wird

vor ein *Fait accompli* gestellt. Wenn Sie "Through the Looking-Glass" von Lewis Carroll kennen, werden Sie an die sehr ähnlichen Gestalten Tweedledee und Tweedledum denken, und das ist mehr oder weniger, was wir in vielen Demokratien haben, eine Wahl zwischen Tweedledee und Tweedledum. Ist das eine Demokratie?

Ich habe voriges Jahr im November nicht gewählt. Natürlich ist Obama immerhin besser als Romney, aber weil ich so enttäuscht bin von diesem Mann und weil ich meine, daß es gar keine echte Wahl war, habe ich gesagt: "Wozu abstimmen?" Denn so oder so regiert der militärisch-industrielle Komplex oder die Ölindustrie oder Exxon und so weiter. Aber das Volk hat absolut keinen Einfluß.

Ob ich einen republikanischen Kongreßmann oder Senator oder einen demokratischen Kongreßmann oder Kongreßfrau habe: Die sind alle für den militärisch-industriellen Komplex, für die Anwendung von Gewalt, für Big Brother. Eine echte Wahl besteht nicht. Es ist nur eine Scheinwahl, und alle Leute gehen und stimmen ab. Aber ich finde, das ist eher eine Sportveranstaltung. Man geht zur Olympiade, und man sieht sich die beiden Mannschaften an, die sich gegenseitig bekämpfen, und man kann sich überlegen, ob ich für diese Mannschaft sein will oder für die andere. Aber beeinflussen kann ich nichts. Ich kann mich nur virtuell erfreuen, daß meine Partei gewonnen hat.

Aber ist es überhaupt meine Partei? Nein, es ist die Partei des militärisch-industriellen Komplexes. Und wie sieht es in Deutschland aus? Was für eine Wahl haben Sie zwischen Angela Merkel und Peer Steinbrück? Und in Frankreich zwischen Sarkozy und Hollande? Ich bitte Sie! Also, schon wieder Pest und Cholera.

Was wirklich wichtig ist, was entscheidend ist in der Demokratie, und das sage ich in allen meinen Berichten, sind die Instrumente der direkten Demokratie, nämlich die Initiative, das Referendum und die Möglichkeit der Amtsenthebung, in den USA sagen wir impeachment. Wenn ein Parlamentarier oder ein Präsident sich total gegen seine Versprechen verhält oder gegen ein bestimmtes Programm, für das er gewählt wurde, um es durchzuführen, und wenn er dieses Programm nicht durchführt, sondern eine ganz andere Agenda und ganz andere Interessen hat, dann sollte das Volk die Möglichkeit haben, diese Person des Amtes zu entheben. Das ist das Wesentliche einer echten Demokratie.

Ansonsten haben sie nur eine Scheindemokratie oder, wie ich es in meinem Bericht schreibe, eine Lobby-Demokratie. Lobby-Demokratie, das heißt, die Parlamentarier sind einer bestimmten Lobby gegenüber verpflichtet, und sie werden sagen und tun, was diese Lobby ihnen befiehlt, denn diese Lobby hat für die Kampagne bezahlt. Wenn Sie bedenken, daß eine Präsidentschaftswahl Milliarden kostet. Ich überschätze es nicht: Milliarden! Das ist wirklich eine Sportveranstaltung, und wir sind die Zuschauer. Wir schauen uns das an, was da los ist, aber wir können es nicht beeinflussen. Und unser amerikanischer Wahlkampf 2012 kostete 3,5 Milliarden Dollar!

Ich verlange von einer parlamentarischen Demokratie, daß die Auswahl der Kandidaten vom Volke kommt und nicht von einer Parteimaschine, und daß jeder Kandidat, der tatsächlich gewählt wird, auch wirklich mein Repräsentant ist, daß er mich vertritt. Das ist die Idee der Demokratie, daß ich eine Vertretung habe. Aber heute wird jemand gewählt, und dann tut er, was er will. Und man sagt: "Oh ja, in vier Jahren können wir ihn in die Wüste schicken!" Aber dann kommen zwei genauso große Übel. Also, es gibt keine Lösung: Das System der sogenannten repräsentativen Demokratie funktioniert nicht.

Wir haben eine repräsentative Demokratie nur für Routine-Sachen. Aber wenn es darum geht, wichtige Entscheidungen zu treffen, zum Beispiel, wie das Geld für den Haushalt des Landes ausgegeben wird, dann haben wir keinen Einfluß. 50 %, 60 % des Haushalts werden ausgegeben für den Krieg, um mehr Drohnen zu bauen oder U-Boote oder Flugzeuge oder Cruise Missiles und Gott weiß was. Da geht das Geld hinein. Und hinzu kommt das Geld, das nicht

direkt im Haushalt des Pentagon ist, es befindet sich im Haushalt des State Department zum Beispiel.

Auch dieser ganze Überwachungsapparat, die Ausgaben für die National Security Agency, wo werden sie gebucht? Wenn Sie das ganze Geld zusammenzählen, das für die sogenannte nationale Sicherheit ausgegeben wird, dann ist es kein Wunder, daß nichts übrig bleibt für Gesundheit oder für Schule und Ausbildung. Dafür ist kein Geld mehr da. Allerdings gibt es Menschen, die Milliardäre geworden sind, weil es in der Waffenindustrie nach wie vor sehr viel Geld zu verdienen gibt.

Wenn wir die Souveränität, das Recht und die Demokratie der Macht gegenüberstellen, dann stellen wir zudem fest, daß die Macht im Grunde genommen nicht mehr beim Staat ist. Die Macht liegt bei der Ökonomie, sie hat die Macht. Die National Security Agency (NSA) hat die Macht, die Geheimdienste, die haben die Macht. Außerdem natürlich die Finanzinstitutionen. Manche behaupten, daß Goldman Sachs die Welt regiert.

Da ist niemand verantwortlich, sie können diese Leute nicht zur Rechenschaft ziehen. Sie sind auch nicht demokratisch gewählt worden. Sie üben eine enorme Macht über Sie und mich aus, und ich kann nichts tun. Das ist leider eine Situation, die nur durch eine sehr aufgeweckte bürgerliche Gesellschaft bekämpft werden kann.

Wir müssen diese Instanzen wie die großen Finanzgiganten an der Wall Street, wie die Weltbank und die Währungsfonds unter gewisse Kontrollen bringen, etwa unter der Generalversammlung der Vereinten Nationen, und sie sollten auch vor dem Menschenrechtsrat Bericht abgeben. Es kann nicht sein, daß uns eine Gruppe von Finanzmagnaten regiert. Wir haben sie nicht gewählt. Sie üben eine Macht aus, die ihnen nicht zusteht. Die Märkte haben sie nicht entdeckt, die Märkte haben sie nicht erschaffen, die Märkte hat die Gesellschaft erschaffen. Sie sind ein Produkt von Hunderten von Jahren der bürgerlichen Gesellschaft, die das aufgebaut hat.

Diese Leute sind nur die Ausbeuter, die Parasiten, die sich gut organisiert haben und das an sich gerissen haben und das jetzt sozusagen nur für ihr eigenes Wohlergehen, aber nicht für das Wohlergehen der Bevölkerung tun.

Ein anderes Problem, das einhergeht mit dem Konzept der Macht, ist, wie diese Ikonen der Macht uns manipulieren. Wir werden manipuliert durch Angst. Das ist ein sagenhaftes Geschäft mit der Angst. Und Sie wissen, wie unfrei unsere Medien sind. Unsere Medien veröffentlichen, was sie wollen. Was ihnen nicht paßt, wird nicht veröffentlicht.

Ich weiß nicht, wie viele von Ihnen wissen, daß die Uno-Hochkommissarin für Menschenrechte am 12. Juli eine sehr deutliche Pressemitteilung herausgegeben hat, in der sie unter anderem gesagt hat, daß Edward Snowden das Recht auf Asyl hat, daß die Staaten aufgefordert sind, dieses Recht zu gewähren, dieses Recht zu respektieren, dieses Recht in die Tat umzusetzen, daß sie gesagt hat, daß er nicht verfolgt werden darf; denn ein Mensch, ein Whistleblower, der die Verletzungen von Menschenrechten aufdeckt, darf deshalb nicht bestraft werden - ganz im Gegenteil, dieser Mann ist kein Vaterlandsverräter, ganz im Gegenteil, er hat der Demokratie einen großen, großen Dienst erwiesen.

Das, was unsere Regierung gemacht hat und was die Arbeit der NSA bedeutet, ist eine klare Verletzung der amerikanischen Verfassung, es ist verfassungswidrig, was wir machen.

Was die bürgerliche Gesellschaft tun kann, ist demonstrieren, protestieren, verlangen, daß Elemente der direkten Demokratie bei uns eingeführt werden, daß in jenen Staaten, die die direkte Demokratie nicht kennen, die Parlamentarier die notwendigen Gesetze annehmen, so daß auch eine wichtige Gesetzgebung durch ein Referendum entschieden wird, und nicht, daß ein paar Parlamentarier das alleine tun. Glauben Sie, daß die französische Bevölkerung in einem Referendum die gleichgeschlechtliche Ehe akzeptiert hätte?

Ich glaube es nicht. Die Idee der Adoption durch gleichgeschlechtliche Eltern - das wäre mit

Sicherheit sogar mit 80 % abgelehnt worden, wenn das vor das Volk gekommen wäre. Aber weil die Befürworter wissen, daß es abgelehnt wird, wird es durch die Parlamentarier gegen den Willen des Volkes durchgesetzt - und das nennt man dann Demokratie. Das ist wirklich ein klassisches Beispiel einer Korruption von Demokratie. Natürlich kritisiert man das. Aber es passiert nichts.

Ich bin nicht der erste, der diese Problematik anpackt. Dies haben Noam Chomsky, John Pilger, Jeffrey Sachs, Arundhati Roy, David Cromwell, Marc Curtis und viele andere vor mir getan. Sie haben auch die korrekte Diagnose gegeben. Sie haben die korrekte Medizin verschrieben. Aber diejenigen, die die Macht haben, wollen keine Medizin und keine Änderung des Status quo, denn sie verdienen zu viel Geld.

Die Welt ist, wie sie ist, und es liegt an uns, die Welt zu verbessern. Stecken Sie also den Kopf nicht in den Sand. Bestehen Sie auf Ihrer Ethik, auf Ihren Werten. Ziehen Sie die Politiker und die Finanzleute - sei es in Deutschland, sei es in Frankreich, sei es in der Schweiz - zur Rechenschaft, wenn sie etwas Udemokratisches und wenn sie etwas Ungerechtes tun.

Was sind die größten Verbrechen? Sie können sich viele Verbrechen ausdenken. Aber ich möchte nur eines nennen: das Verbrechen des Schweigens. Warum sind wir in der Situation, in der wir sind? Weil die Menschen schweigen, weil die Menschen sich anpassen, weil die Menschen sich bücken, weil es einen Druck der politischen Korrektheit, einen Druck des Zeitgeistes gibt. Dann drücken sich die Menschen, sie wollen irgendwie nicht deutlich sprechen. Nun, ich kann Ihnen sagen, man kann es wagen, und man muß es wagen.

Ich schließe gerne mit einem Gedanken von Lucius Annaeus Seneca:

Nicht weil es schwer ist, wagen wir es nicht, sondern weil wir es nicht wagen, ist es schwer.

...

"Ich muß den Schweizer Bürgern sagen: Sie müssen für den Erhalt der Schweizer direkten Demokratie kämpfen. Das ist nicht nur für Sie, das ist auch ein Modell für die Welt."

Alfred de Zayas

Charta der Vereinten Nationen (Auszug)

Die Vereinten Nationen setzen sich folgende Ziele:

1. den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu treffen, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen, Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken und internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen;
2. freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln und andere geeignete Maßnahmen zur Festigung des Weltfriedens zu treffen;
3. eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen;
4. ein Mittelpunkt zu sein, in dem die Bemühungen der Nationen zur Verwirklichung dieser gemeinsamen Ziele aufeinander abgestimmt werden.

Die Organisation und ihre Mitglieder handeln im Verfolg der in Artikel 1 dargelegten Ziele nach folgenden Grundsätzen:

1. Die Organisation beruht auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder.
2. Alle Mitglieder erfüllen, um ihnen allen die aus der Mitgliedschaft erwachsenden Rechte und Vorteile zu sichern, nach Treu und Glauben die Verpflichtungen, die sie mit dieser Charta

übernehmen.

3. Alle Mitglieder legen ihre internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel so bei, daß der Weltfriede, die internationale Sicherheit und die Gerechtigkeit nicht gefährdet werden.

4. Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.

5. Alle Mitglieder leisten den Vereinten Nationen jeglichen Beistand bei jeder Maßnahme, welche die Organisation im Einklang mit dieser Charta ergreift; sie leisten einem Staat, gegen den die Organisation Vorbeugungs- oder Zwangsmaßnahmen ergreift, keinen Beistand.

6. Die Organisation trägt dafür Sorge, daß Staaten, die nicht Mitglieder der Vereinten Nationen sind, insoweit nach diesen Grundsätzen handeln, als dies zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlich ist.

7. Aus dieser Charta kann eine Befugnis der Vereinten Nationen zum Eingreifen in Angelegenheiten, die ihrem Wesen nach zur inneren Zuständigkeit eines Staates gehören, oder eine Verpflichtung der Mitglieder, solche Angelegenheiten einer Regelung auf Grund dieser Charta zu unterwerfen, nicht abgeleitet werden; die Anwendung von Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII wird durch diesen Grundsatz nicht berührt.

Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte:

Artikel 1

1. Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechts entscheiden sie frei über ihren politischen Status und gestalten in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung.

2. Alle Völker können für ihre eigenen Zwecke frei über ihre natürlichen Reichtümer und Mittel verfügen, unbeschadet aller Verpflichtungen, die aus der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit auf der Grundlage des gegenseitigen Wohles sowie aus dem Völkerrecht erwachsen. In keinem Fall darf ein Volk seiner eigenen Existenzmittel beraubt werden.

3. Die Vertragsstaaten, einschließlich der Staaten, die für die Verwaltung von Gebieten ohne Selbstregierung und von Treuhandgebieten verantwortlich sind, haben entsprechend den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen die Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung zu fördern und dieses Recht zu achten.

Wortgleich mit Artikel 1 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. September 2013 (x887/...): >>>**Das rhetorische Spiel mit dem Linksextremismus**

von Susanne Baumstark

Die politische Meinungsbildung in Deutschland gleicht heute dem täglichen Absolvieren eines Trimm-Dich-Pfades: Kopf abschalten, Muskeln spielen lassen, bei immer denselben Übungen, bis sie dem Einen in Fleisch und Blut übergehen und dem Anderen zum Halse heraushängen. Ähnlich zumindest funktioniert die Tabuisierung in Bezug auf linke Gewalt und die DDR-Diktatur. Übergeordnetes Trainingsmodul:

Man bewaffne sich mit dem Wort "Gleichsetzung", ziehe durch die politischen Lande und überziehe in vorwurfsvoller Manier all jene damit, die über Linksextremismus oder den diktatorischen Sozialismus sprechen wollen. "Gleichsetzung" bedeutet Gleichsetzung mit dem Nationalsozialismus. Wer feststellt, der Kommunismus sei "auch" eine totalitäre, menschenverachtende Diktatur gewesen, macht sich nach dieser Doktrin der "Relativierung von NS-Verbrechen" schuldig. Am Ende der Pflichtübung soll dann jeder verstanden haben, daß die DDR das bessere Deutschland war und es den Linksextremismus gar nicht gibt. Der ist nämlich nur eine Erfindung von Eckhard Jesse und Uwe Backes.

Die eben genannten Extremismusforscher beziehen sich auf das Hufeisenmodell. Das eine

Ende symbolisiert den Rechtsextremismus, das andere den Linksextremismus, dazwischen ist die bürgerliche Mitte. Die Pole sind nicht starr voneinander getrennt. Es ist ein Modell, das - wie in der Wissenschaft üblich - auf Annahmen beruht, die dazu dienen, Vorgänge zu verorten. Jesse beschrieb es wie folgt:

"Die Extremismustheorie geht davon aus, daß die Rechts- und die Linksextremisten einerseits weit voneinander entfernt, und andererseits dicht benachbart sind, wie die Enden eines Hufeisens. Es gibt Feindbilder, die sich decken, etwa gegen Amerika, gegen die Globalisierung, gegen den Kapitalismus. Es gibt aber auch Feindbilder, die völlig unterschiedlich sind, auf der einen Seite die Fremden, und auf der anderen Seite etwa der Staat, der bekämpft wird." Eine differenzierte Beschreibung, prinzipiell kritisierbar natürlich, aber nichts sonderlich Neues, mag man denken.

Auf linkspolitischer Seite aber ist das Geschrei groß wegen der angeblichen "Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus". Inzwischen mobilisieren etliche Zusammenschlüsse "gegen den Extremismusquatsch".

Zum Beispiel die Kampagne der Linksjugend Solid und der Grünen Jugend "Ich bin linksextrem". Die Argumentation ist immer dieselbe: Bei der Gleichsetzung von linksextrem und rechtsextrem werde linkspolitisches Engagement kriminalisiert und rassistische Einstellungen in der "sogenannten Mitte der Gesellschaft" würden vertuscht.

Ein Großteil linker Organisationen unterstützt den Widerstand gegen die Extremismustheorie, so auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. In Bezug auf ein Aufklärungsmaterial des Verfassungsschutzes schrieb sie, daß "sogenannte Linksextremistinnen und -extremisten undifferenziert und verfälscht dargestellt werden (nämlich gewalttätig)".

Die Bundestagsfraktion "Die Linke" empörte sich unlängst in einer Kleinen Anfrage über zwei Forschungsprojekte zum "sogenannten Linksextremismus". Von bildungspolitischer Seite befördert diese Position auch Gero Neugebauer. In einem Interview spricht der Politikwissenschaftler und Autor bei der Bundeszentrale für politische Bildung von "angeblich gewaltbereiten Linksextremisten". Er meint: "Es gibt keine Anklagen wegen Linksextremismus, sondern wegen Brandstiftung, Körperverletzung oder Landfriedensbruch."

Von wissenschaftlicher Seite trägt die Friedrich-Ebert-Stiftung mit ihren "Mitte-Studien" zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland zur Relativierung des Linksextremismus bei. Von den Medien stets an die große Glocke gehängt, erfährt der Bürger regelmäßig, daß es in ihrer Mitte von rechtsextremen Einstellungen nur so wimmele und sich die Guten ausschließlich auf linkspolitischer Seite fänden.

So gut wie keine Medienpräsenz erhält eine 2012 erschienene Publikation der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), welche die genannten Einwände entkräftet: "Stark moralisch aufgeladen ist die Behauptung, ein extremismustheoretischer Vergleich von Rechts- und Linksextremismus relativiere die Singularität des Holocaust ...

Dieses Argumentationsschema zielt indessen häufig darauf, die Erwähnung der kommunistischen Massenverbrechen zu tabuisieren beziehungsweise deren Kritiker als potentielle Sympathisanten des Nationalsozialismus moralisch zu diskreditieren." Der bürgerlichen Mitte werden auch nicht ausschließlich demokratische Tugenden zugeschrieben:

"Die Extremismustheorie behauptet hingegen keineswegs, daß extremistische Verhaltens- und Denkmuster ausschließlich an den äußersten Rändern des politischen Spektrums angesiedelt sind." Vielmehr gebe es keinen Grundkonsens mehr darüber, daß Extremismus jeglicher Couleur eine Gefährdung darstellt. "Was bei der Positionierung gegen Rechtsextremismus selbstverständlich ist, bereitet beim Thema Linksextremismus erhebliche Schwierigkeiten."

Ursachen dafür seien Forschungsdefizite, mangelndes Interesse, politische Widerstände und weit geringere Zuwendungen aus öffentlichen Haushalten. Der Linksextremismus habe sich in seinem Kern "in der Alltagsgesellschaft stabil verankert und wird auch von manchen örtlichen

zivilgesellschaftlichen und staatlichen Institutionen zum Teil gestützt".

Unter den faktenresistenten Streitern zur Abschaffung des Extremismusbegriffs scheint es keinen Konsens darüber zu geben, ob der Begriff Rechtsextremismus ebenfalls verzichtbar ist. Die Verkürzung auf den Slogan "Kampf gegen Rechts" spricht dafür, kann man dort doch gleich die gesamte Mitte subsumieren. Andererseits trägt man diesen Begriff der Effekthascherei wegen doch allzu gerne täglich im Munde. Unklar sind außerdem die Konsequenzen, sollte der Begriff Linksextremismus einmal abgeschafft sein. Wo werden dann Brandstiftungen und Gewalt, etwa gegen die AfD, verortet? Sind solche Taten dann legitimes Mittel der linkspolitischen Auseinandersetzung? Und wo sind die Massenmörder des linken Befreiungskampfes Stalin und Co. verortet?

Wie unausgegoren die Auswürfe hierzu sind, zeigt ein Stimmungsbild im Internet: "Stalin war ein rechts plazierter Tyrann, damit das klargestellt ist." - "Du wirst nicht allen Ernstes behaupten wollen, daß Stalin ein 'Rechter' war." - "Wie kommst Du nur auf den Gedanken, Stalin sei ein Linker gewesen?" - "Zu deiner These 'Stalin = rechter Diktator': Stalin war ein Georgier. Er hat zwar Tausende umgebracht, aber nur, weil sie politische Feinde waren." - "Eher war Stalin ein Rechter als Hitler ein Linker."

Im Übrigen trimmt inzwischen auch die schwarz-gelbe Bundesregierung die Bürger auf den linken Neusprech. Die Begründung der Bundesjustizministerin und des Bundesinnenministers für ihre Ablehnung eines Verbots des öffentlichen Tragens von DDR-Symbolen: Die Unrechtstaten des SED-Regimes würden dann mit den Greueln des Nationalsozialismus gleichgesetzt. Tatsächlich tut das niemand. Es wird nur verglichen - ein auch in der historischen Wissenschaft legitimer und notwendiger Vorgang. Mit dem Gleichsetzungsvorwurf wird diese gleich mit entsorgt. Was am Ende übrig bleibt sind Platitüden.

Die Autorin ist freie Redakteurin und Sozialpädagogin und engagiert sich im medienethischen und christlich-menschenrechtlichen Bereich.<<

Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 20. Oktober 2013: >>**Abgeordnete im neuen Bundestag "Fieser Freiherr" trifft Film-Kommissar**

Katholiken und Muslime, Staatsdiener und Ringkämpfer, Singles und Großfamiliengründer - im neuen Parlament herrscht Vielfalt. Ein Überblick über unsere Volksvertreter.

Wenn am 22. Oktober der neue Bundestag zusammentritt, findet eine wahrlich bunte Gesellschaft unter der Kuppel des Reichstags zusammen. Ein professioneller Westler ist unter den Politikern, ein ehemaliger Fernsehkommissar, erstmals eine Muslimin bei der CDU - außerdem herrscht eine kulturelle Vielfalt wie noch nie, denn 34 Abgeordnete stammen aus Einwandererfamilien. Eher monoton machen sich dagegen die Berufsgruppen aus, die am stärksten vertreten sind. Es sind weiter hauptsächlich Juristen, die das deutsche Volk repräsentieren.

Frauen

Betrachtet man Schwarz-Weiß-Fotos von der konstituierenden Sitzung des ersten Bundestags im Jahr 1949, liegt es nicht nur an der damaligen Aufnahmetechnik, daß hier die dunkle Anzugfarbe dominiert. Von 410 Abgeordneten waren nur 28 Frauen. In Prozenten übersetzt betrug die Frauenquote also 6,8 Prozent.

Über die vergangenen 17 Wahlperioden wurden es dann peu à peu mehr Parlamentarierinnen. Bis auf einen Tiefpunkt: In den vermeintlich fortschrittlichen Jahren zwischen 1969 und 1976 sank der Anteil sogar auf unter sechs Prozent. Im letzten Bundestag stieg die Kurve dann schon auf 32,8 Prozent an. Aktuell stehen auf der Abgeordnetenliste 402 Männer und 229 Frauen. Das sind 36,3 Prozent, ein Rekordwert.

Die SPD-Fraktion hat hier erstmals die 40-Prozent-Frauenquote geknackt: 81 der 193 Abgeordneten sind weiblich. Eine ist darunter, die mit dem prominenten Namen ihres Ehemannes neu über ein Direktmandat hineingekommen ist: Michelle Müntefering, 33 Jahre alte Kinder-

pflegerin und Journalistin. Grüne und Linke sind mit satt über 50 Prozent schon seit Jahren oben auf. Bei der Unionsfraktion hingegen dümpelt der Frauenanteil noch bei 24 Prozent (von 311 Abgeordneten sind 75 weiblich).

Wie man Schwung hineinbringen könnte, macht der CDU ausgerechnet die konservative Schwester CSU vor: Sie hat den Frauenanteil im Bundestag verdoppelt, zuletzt waren es sechs, nun sind es 14 CSU-Damen in der Fraktion. Unter ihnen ist ein Neuzugang, die Nachwuchshoffnung Katrin Albsteiger, 29, der man daheim ihren schnellen Aufstieg aber so verübelte, daß man sie prompt vom Vorsitz der Jungen Union absägte. Zu viel Karriere geht dann offenbar doch nicht.

Alter

Die konstituierende Sitzung wird vom ältesten Abgeordneten geleitet. Das ist Heinz Riesenhuber von der CDU, geboren am 1. Dezember 1935. Der ehemalige Forschungsminister ist mit 78 Jahren Alterspräsident.

Jüngster Abgeordneter ist Mahmut Özdemir von der SPD. Der 26-Jährige aus Duisburg hat sich dem passenden Thema verschrieben: Er will für die "Generation Praktikum" kämpfen und fordert, daß Praktika vergütet werden müssen: "Wie soll meine Generation Familien gründen und Häuser bauen, wenn es keine Sicherheit gibt?" In der ersten Wahlperiode lag der Altersdurchschnitt im Bundestag noch bei genau 50 Jahren, seitdem liegt er ziemlich konstant bei plus minus 49 Jahren.

Die Linke stellt mit durchschnittlich 51,11 Jahren die älteste Fraktion, die Landesgruppe der CSU ist mit 47,48 Jahren am jüngsten. Der dienstälteste Bundestagsabgeordnete ist Wolfgang Schäuble, er amtiert seit 40 Jahren.

Wenig erstaunlich ist da, daß sich der noch amtierende CDU-Finanzminister, 71, dringend mehr Senioren in den Bundestag wünscht. "Der Anteil der Älteren an der Gesamtbevölkerung wird größer", sagte er. Den "Trend in der Politik und anderswo" hin zu Verjüngung gelte es zu durchbrechen: "Der Bundestag muß ein Spiegelbild der Gesellschaft sein."

Das ideale Alter für die Politik scheint tatsächlich 49 zu sein. Mit 27 Abgeordneten ist eben der Geburtsjahrgang 1964 am stärksten vertreten.

Multikulti

34 Abgeordnete mit sogenanntem Migrationshintergrund werden künftig im Bundestag sitzen. Das bedeutet, daß sie mindestens einen Elternteil haben, der aus dem Ausland nach Deutschland gekommen ist. Damit stammen 5,4 Prozent der Parlamentarier aus Einwandererfamilien. Im vergangenen Jahr waren es statt 34 noch 21 Abgeordnete - trotzdem ist das nur ein kleiner Schritt. Denn inzwischen haben 19 Prozent aller Deutschen einen Migrationshintergrund, von einem Spiegelbild der Gesellschaft kann man deshalb noch lange nicht sprechen.

Immerhin hat sich die Zahl der türkischstämmigen Politiker im Bundestag mehr als verdoppelt, elf Deutsch-Türken haben den Einzug geschafft. Mit Karamba Diaby (SPD) und Charles M. Huber (CDU) ziehen erstmals farbige Politiker ein. Diaby kam über die Landesliste in Sachsen-Anhalt, der 51-Jährige ist in Senegal geboren. "Integrationspapst", so betonte er, wolle er aber keinesfalls werden. Huber ist Sohn eines senegalesischen Diplomaten und einer Deutschen. Bekannt wurde er als Polizeikommissar in der Krimiserie "Der Alte". Beim ersten Besichtigen seiner neuen Wirkungsstätte fand er den Set Reichstag "ziemlich unübersichtlich".

Mit fast elf Prozent liegt die Linksfraktion bei den Abgeordneten aus Einwandererfamilien vorne: Die prominenteste Vertreterin ist Sahra Wagenknecht, ihr Vater ist Iraner. Die CSU steht ganz hinten auf dem Rang mit nur einem Abgeordneten: Alexander Radwans Vater stammt aus Ägypten.

Religion

Auch das gibt es im Bundestag: regelmäßige morgendliche Andachten, die katholische und

evangelische Seelsorger gemeinsam veranstalten. Wem das nicht genug ist, der kann als Abgeordneter auch noch die Gebetsfrühstücke in der Dienststelle von Martin Dutzmann besuchen. Der neue Bevollmächtigte der Evangelischen Kirche in Deutschland will dort möglichst besinnlich einen Parteigrenzen übergreifenden Dialog pflegen.

Die konfessionellen Gewichte bleiben im neuen Bundestag nahezu unverändert. 224 Abgeordnete bekennen sich als Katholiken, 220 sind evangelisch. 85 sind konfessionslos, das ist mehr als ein Achtel. 91 Parlamentarier wollten sich überhaupt nicht äußern, ob sie einer Kirche angehören. Die Linkspartei wartet mit einer orthodoxen Abgeordneten auf, die SPD mit einem Altkatholiken.

Die Zahl der Muslime steigt beständig: Im vorherigen Parlament waren drei Muslime vertreten, im neuen sind es acht. Die Grünen haben mit vier Abgeordneten die meisten Muslime in der Fraktion. Mit Cemile Giousouf sitzt zum ersten Mal in den Reihen der CDU eine Muslimin. Die 35-Jährige wurde in Leverkusen geboren, ihre Eltern gehören der türkischen Minderheit in Griechenland an. Sie kam aus dem westfälischen Hagen über die Landesliste ins Parlament und sagt: "Es war ein langer Weg." Bislang arbeitete Giousouf als Referentin im nordrhein-westfälischen Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales.

Berufe

Unter seinem Kampfnamen "Fieser Freiherr" hat der SPD-Politiker Matthias Ilgen, 29, jahrelang anderen Wrestlern im Ring zugesetzt. Weil der Politiker aus Nordfriesland aber nun vernünftige Arbeit auf seinen Themengebieten Energie, Wirtschaft und Verkehr leisten will, steigt er aus dem professionellen Wrestling-Geschäft aus. Der Veranstaltungskaufmann, der im Alter von 15 Jahren bei den Jusos begann, will sich in Berlin nur noch im Fitneß-Studio verausgaben. Ilgen ist sich sicher, daß ihm seine Erfahrungen als Ringkämpfer nützlich sein werden: "Das dicke Fell, das man entwickelt, kann man in der Politik durchaus gebrauchen."

Der einzige verbliebene Ex-Sportstar im Parlament ist übrigens Eberhard Gienger, 62, Reck-Weltmeister und Olympia-Dritter. Seit 2002 hält der Unternehmer sein Mandat für die CDU, diesmal mit dem Traumergebnis 53 Prozent in seinem Wahlkreis Neckar-Zaber.

Fast ein Viertel der Abgeordneten kommt aus farbloseren Berufsbereichen: Von 631 Abgeordneten sind 149 Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst. Es handelt sich zumeist um Verwaltungsmitarbeiter oder Lehrer. Stark vertreten ist auch die Branche der Juristen. 80 Rechtsanwälte und Notare stehen im neuen Bundestagsverzeichnis. Das sind doppelt so viele wie Anfang der Sechzigerjahre.

Kinder und Titel

Die Statistiker in der Bundestagsverwaltung haben sich sogar die Mühe gemacht, in der vergangenen Legislaturperiode die jeweilige Kinderzahl der Politiker zu zählen: Mit sieben Kindern dürfte Ursula von der Leyen (CDU) weiterhin Spitze sein. Und auch Johannes Singhammer (CSU), sechsfacher Vater und dank seiner Expertise familienpolitischer Sprecher der Union, dürfte schwer zu toppen sein.

Abweichend vom bundesdeutschen Maß gibt es bei der Union überdurchschnittlich viele verheiratete Abgeordnete mit Kindern. In der SPD-Fraktion hingegen ist der Anteil der verheirateten Abgeordneten ohne Kinder überdurchschnittlich hoch.

Im neuen Bundestag werden wesentlich weniger Doktoren und Professoren als im alten vertreten sein. Das liegt am Auszug der FDP, die von 93 immerhin 22 Abgeordnete mit diesen Titeln gestellt hatte. Bei der Union waren 51 Parlamentarier mit akademischen Ehren versehen, bei der SPD 21, bei den Grünen sieben, bei den Linken 14. Die Zählung der neuen Titel läuft - Aberkennungen wegen möglicher Plagiate in Doktorarbeiten eingerechnet.<<

Die Tageszeitung "Süddeutsche Zeitung" berichtete am 16. November 2013: >>**Geheimer**

Krieg: Deutschland zahlt Millionen für US-Militär

Wenn die Amerikaner in Deutschland neue Basen bauen, zahlt der Bund drauf. Das kostet die

deutschen Steuerzahler Hunderte Millionen Euro. Grund dafür ist ein jahrzehntealtes Abkommen. Die Bundesregierung sieht keinen Änderungsbedarf.

Das US-Militär ist gut versteckt in den fast 3.000 Seiten Bundeshaushalt. Im Einzelplan 12 etwa, dem Budget des Verkehrsministeriums, im Kapitel 12.15, Titel 632.03, unter der Überschrift "Erstattung der den Ländern bei der Erledigung von Bauaufgaben des Bundes entstehenden Kosten".

Unter diesem Etat hat die Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren 598 Millionen Euro Subventionen an die Amerikaner abgerechnet. Doch das sind nicht die einzigen Kosten: Addiert man die Summe der Ausgaben für die US-Streitkräfte im Bundeshaushalt zwischen 2003 und 2012, erhält man etwa eine Milliarde Euro.

Der deutsche Steuerzahler trägt so dazu bei, die amerikanische Militärfrastruktur für den geheimen Krieg aufzubauen. Von US-Basen in Deutschland werden Drohnenangriffe in Afrika koordiniert, die Geheimdienste sind im Land aktiv - und private US-Konzerne helfen ihnen.

Zu den 598 Millionen Euro für Bauten kommen 327 Millionen Euro, mit denen Schäden ausgeglichen wurden, die US-Soldaten angerichtet haben, und Sozialleistungen bezahlt wurden, die von den Amerikanern entlassene Zivilangestellte bekommen. Hinzu kommen Subventionen für den Umzug der amerikanischen Luftwaffe von Frankfurt nach Ramstein und Spangdahlem in Höhe von 70 Millionen Euro sowie Steuer- und Zollvergünstigungen in unbekannter Höhe.

Baukosten - der Bund zahlt drauf

Knapp 600 Millionen Euro hat die Bundesregierung in den vergangenen Jahren für Bauten des US-Militärs bezahlt - vom Flugzeughangar bis zum Kindergarten. Aber wie kann es sein, daß eine so hohe Summe einfach unter Erstattungen an die Länder verbucht werden? Der Grund ist ein Verwaltungsabkommen, das die Bundesrepublik 1975 mit den Amerikanern geschlossen hat. Es trägt den Namen Auftragsbautengrundsätze (ABG) und regelt, wie das US-Militär in Deutschland bauen darf. Demnach dürfen die Amerikaner nur kleinere Bauten und Gebäude mit besonderen Sicherheitsvorgaben selbst erstellen. Alles andere macht der Bund, der diese Aufgaben an die Länder weitergibt. Eigentlich sollte das aber nur ein reiner Verrechnungsakt sein. In den ABG ist geregelt, daß die Amerikaner die Baukosten vollständig erstatten. Das tun sie aber nicht.

Der Knackpunkt dabei sind die sogenannten Bauherren- und Planungskosten, also im Wesentlichen die Tätigkeit der Bauverwaltung und der von ihr eingeschalteten Architekten und Bauingenieure. Diese werden von den Streitkräften mit durchschnittlich sechs Prozent der Baukosten pauschal beglichen. Oft sind die Kosten der Bauverwaltung aber wesentlich höher.

Ein Beispiel dafür ist das neue Militärkrankenhaus in Weilerbach, das die Amerikaner bis 2018 bauen wollen, um das bisher größte US-Militärkrankenhaus in Landstuhl zu ersetzen. Nach Angaben der Bundesregierung werden die Truppen für Bauherren- und Planungskosten etwa 43 Millionen Euro zahlen. Das entspricht aber nicht den realen Kosten, diese betragen 170 Millionen Euro. Der Bund zahlt dadurch in den kommenden Jahren 127 Millionen Euro für das neue Militärkrankenhaus der Amerikaner.

Addiert man die Bausummen aller Bauprojekte der Amerikaner in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren, hat das US-Militär nur ein Drittel der angefallenen Bauherren- und Planungskosten getragen, heißt es aus dem Bauministerium. Der Bund blieb auf fast 600 Millionen Euro Kosten sitzen, die er den Ländern erstatten mußte.

Wie das sein kann? 1975 seien die Planungs- und Baukosten niedriger angesetzt gewesen als heute, weil unter anderem mehr in Eigenleistung der Verwaltung durchgeführt wurde, erklärt das Ministerium. Sollte man das Abkommen dann nicht erneuern? Die Antwort ist lapidar: "Aktuell gibt es keine Bestrebungen."

Zu weiteren Ausgaben für die Amerikaner ist die deutsche Bundesregierung nach dem Nato-Truppenstatut verpflichtet: Deutschland muß Schäden bezahlen, die ausländische Soldaten beispielsweise bei Verkehrsunfällen verursachen, aber auch Sozialleistungen für zivile Arbeitnehmer, die nach dem Abzug der Truppen arbeitslos geworden sind.

Im Haushalt des Finanzministeriums werden die "Lasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt bzw. Abzug von ausländischen Streitkräften" seit 2005 gesondert aufgeführt. Zwischen 2005 und 2012 wurden dort Kosten in Höhe von 485 Millionen Euro verbucht, heißt es aus dem Finanzministerium. Rund 327 Millionen seien den Amerikanern zuzurechnen.

Um ein Gefühl für die Ausgaben zu bekommen, hilft ein Blick in den Haushalt 2013, wo 56,1 Millionen Euro veranschlagt sind. Der größte Posten (19,2 Millionen Euro) sind Sozialleistungen für arbeitslos gewordene Zivilkräfte der Amerikaner; danach kommen 13 Millionen Euro für Personen- und Sachschäden, etwa nach Verkehrsunfällen, Manövern oder an den Liegenschaften. Der drittgrößte Etat (10 Millionen Euro) sind Ausgleichszahlungen. Wenn die Amerikaner ihre Kasernen verlassen und die dort von ihnen gebauten Gebäude oder Einrichtungen noch einen Restwert haben, muß der Bund diesen erstatten.

Umzugshilfe für die Air Force

Außer bei den Bauherren- und Planungskosten unterstützten deutsche Stellen die Amerikaner nicht bei ihren Investitionen in Bauten, heißt es unisono aus den zuständigen Landes- und Bundesministerien. Mindestens eine Ausnahme gibt es allerdings: Die Bundesrepublik finanzierte Teile des Umzugs der amerikanischen Luftwaffe von Frankfurt am Main nach Ramstein und Spangdahlem, weil im Gegenzug der US-Luftwaffenstützpunkt am Frankfurter Flughafen übernommen wurde.

Nach Angaben der für die Abrechnung der US-Militärbaumaßnahmen zuständigen Bundesanstalt für Immobilienaufgaben hat dafür alleine der Bund knapp 70 Millionen Euro aufgewendet. Gebaut wurden mit dem Geld unter anderem zwei Start- und Landebahnen sowie eine Rampe.

Dazu kamen Subventionen durch die Länder Hessen, Rheinland-Pfalz und die Stadt Frankfurt. So hat etwa Rheinland-Pfalz nach Angaben des dortigen Finanzministeriums seit 1999 insgesamt 25,59 Millionen Euro für das Verlegungsprogramm und Schallschutzmaßnahmen an der US-Basis Ramstein bezahlt.

Kein Zoll und keine Steuern - aber auch Einnahmen

Die 43.000 US-Soldaten in Deutschland sind wegen der Regelungen des Nato-Truppenstatuts von Zöllen und Abgaben befreit. Demnach müssen die Soldaten selbst, aber auch zivile Mitarbeiter und sämtliche Familienangehörige in Deutschland beispielsweise keine Umsatzsteuer zahlen, erklärt das Finanzministerium. Teilweise sind zudem auch Leistungen von Subunternehmern von Abgaben befreit. Eine Schätzung über die Höhe der dadurch ausfallenden Einnahmen gibt es nicht, heißt es aus dem Ministerium.

Gegenrechnen muß man an diesem Punkt allerdings die positiven Wirtschaftseffekte, die das US-Militär in Deutschland hat. Im Prinzip wirkt sich ein US-Stützpunkt wie ein großes Unternehmen auf die Wirtschaftskraft einer Region aus - und wie viele große Unternehmen hat auch das US-Militär errechnet, wie groß sein Einfluß ist. Den direkten ökonomischen Einfluß der US-Truppen gibt die amerikanische Botschaft in Berlin mit fünf Milliarden Dollar für das Jahr 2007 an. Weitere 872 Millionen Dollar würden indirekt in die deutsche Wirtschaft fließen - durch Löhne von deutschen Angestellten des US-Militärs.<<